Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł. Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 80. **Bromberg, Sonnabend den 5. April 1930.** **34. Jahrg.**

Peinliche Sensation.

Ein Blick in die nachbarliche Offizin.

In Nr. 75 der „Deutschen Rundschau" vom 30. d. M. hat Herr Studienrat Heidelck, der Hauptgeschäftsführer des Bromberger Zentralbureaus der deutschen Sejmabgeordneten, eine für gewisse Leute sehr peinliche Feststellung gemacht, die dem „Dziennik Bydgoski" mit Recht mißfallen muß. Dieses edle Blatt hatte in einer Artikel-Serie gewisse Materialien, vor allem über den ziffernmäßigen Bestand der deutschen Minderheit in Polen veröffentlicht, die bei der bekannten Haussuchung vom 15. Oktober 1929 in dem Bureau des Studienrats Heidelck beschlagnahmt und in amtliche Verwahrung genommen waren. Dieses Material hatte mit der Pfadfinder-Angelegenheit, die zur Haussuchung führte, und Herrn Heidelck für sieben Wochen unschuldig ins Gefängnis brachte, nicht das Geringste zu tun. Trotzdem hatte der Herr Staatsanwalt noch am 27. März die Herausgabe dieses Materials verweigert und dabei bemerkt, daß es sich nicht mehr in seinen Händen befindet, ohne dabei anzugeben, welche Hände sich jetzt damit befaßten. Herr Heidelck schloß seine Zuschrift mit dem Satz: „Interessant und von uns weiter zu verfolgen ist der Umstand, daß das Material in die Hände des „Dziennik Bydgoski" gelangen konnte. Ich werde natürlich bei den vorgesetzten Behörden die Verfolgung dieser Angelegenheit mit allem Nachdruck wegen schwerer Verletzung des Dienstgeheimnisses verlangen."

Der „Dziennik Bydgoski" antwortet am 1. April sehr stolz und mutig, daß er nicht nur den von Herrn Heidelck erhobenen Vorwurf der offenbaren Fälschung zurückweise, den jeder Kenner der Verhältnisse unschwer nachweisen kann, sondern auch „die schändliche gegen die Staatsanwaltschaftsbehörde gerichtete Verleumdung, daß wir von ihr die Abschrift jener Denkschrift erhalten hätten." Da hat der „Dziennik" mehr dementiert als behauptet wurde, und dabei leichtfertig auch etwas aus der Schule geplaudert. Wie ein Mitglied seiner Redaktion durchaus glaubhaft versichert hat, ist in der Tat nicht das Material selbst, sondern nur eine Abschrift in die Hände des „Dziennik Bydgoski" gelangt. Ob das direkt oder indirekt aus den Räumen der Staatsanwaltschaft geschah, in denen sich das Material befand, ob die Redaktion selbst, oder ein anderer Schriftgelehrter die Fälschungen auf dem Gewissen hat, wird hoffentlich die von Herrn Heidelck beantragte Untersuchung ergeben, der wir mit größter Spannung entgegensehen.

Der „Dziennik Bydgoski" schreibt in seiner letzten Erwiderung, daß seine sensationelle Artikelserie — sensationell nicht wegen ihres Inhalts, sondern wegen der mysteriösen Art und Weise ihrer Veröffentlichung — „im deutschen Lager große Beunruhigung hervorgerufen hätte". Vor allem hätten die katholischen deutschen Geistlichen Herrn Heidelck gehörig den Kopf gewaschen. Von all diesen Dingen ist im „deutschen Lager" wirklich nichts bekannt. So weit es über die Ergebnisse der deutschen Statistik eine Kontroverse zwischen Herrn Heidelck und katholischen Deutschen gegeben hat, ist ihr Material öffentlich in den deutschen Blättern in Posen erschienen. Alles übrige, was der „Dziennik Bydgoski" gerade in diesem Teil seines „geheimen Memorials" geschrieben hat, ist eine derart plumpe Fälschung, die so einwandfrei den polnischen Urheber verrät, daß nicht einmal ein minder begabtes deutsches Kind an die „Echtheit" dieser Mitteilung glauben kann.

Wir würden dieser in der Geschichte der Presse einzig dastehenden Angelegenheit zu viel Ehre und Bedeutung beimessen, wenn wir uns mit der Artikelserie des „Dziennik Bydgoski" noch weiter befassen wollten. Nur aus Gründen der politischen Psychologie wäre ein solches Unternehmen nicht ohne Reiz. Wir erlauben uns bei dieser Überlegung aus dem letzten Aufsatz folgende Perlen herauszufischen:

Nachdem als Ergebnis der Statistik festgestellt wird, daß in den 16 mittleren Kreisen des ehemals preußischen Teilgebiets den Deutschen nur noch 414 731 Hektar verblieben sind, setzt der „Dziennik Bydgoski", um den Charakter seiner Veröffentlichung zu kennzeichnen, folgende „christliche" Bemerkung hinzu: „Die polnischen Behörden, die das Gesetz über die Agrarreform anwenden, werden die wertvollen deutschen Bemerkungen unzweifelhaft in Betracht ziehen." Dieses zur Enteignung aufputschende Eingeständnis des politischen Gepräges der wirtschaftlich gedachten Agrarreform dürfte vor allem bei der Vertretung unserer Agrarreform-Denkschrift in Genf eine wertvolle Unterstützung unseres Vorbringens sein.

Und weiter: Nachdem festgestellt wurde, daß im Zeitraum der verflossenen 20 Jahre (1910—1930) — das ist auch eine kleine Verfälschung; denn das Material wurde schon im Jahre 1929 beschlagnahmt und bezieht sich auf eine Statistik vom Jahre 1926 — nachdem also festgestellt wurde, daß in den ersten 6 Jahren der polnischen Herrschaft 758 876 Deutsche aus dem ehemals preußischen Teilgebiet ausgewandert sind (die Bilanz des ganzen letzten Jahrzehnts sieht natürlich noch etwas trauriger aus!), macht der „Dziennik Bydgoski" am Schluß die auffallend vernünftige Bemerkung, daß es keine gehörige Begründung habe, die „deutsche Gefahr" als riesig darzustellen. Aber dann kommt gleich nach dieser in der Weltgeschichte fast einzig dastehenden Verlustziffer, die durch die polnische Verdrängungspolitik erreicht wurde, der geradezu schamlose Schlußsatz, daß der Polnische Staat seine deutschen Bürger gerechter behandelt als irgendein anderer Staat seine Minderheiten.

Solche mit Eigenlob verbrämten Fuchspredigten, die man wirklich nur vor Gänsen halten sollte, sind in der uns feindlich gesinnten Presse nachgerade üblich geworden. So hat sich die „Gazeta Bydgoska" bei einem völlig untauglichen Versuch, unsere berechtigte Klage über die letzten Vorgänge in der Bromberger Jesuitenkirche zu verharmlosen, tatsächlich den schönen Satz geleistet, daß es den deutschen Katholiken in Polen ausgezeichnet gehe, während die katholischen Polen in Deutschland seelsorgerisch sozusagen im Jammertal wandern müßten. Mit welchen Sorgen sich die polnischen Katholiken in Deutschland befassen, dafür ein typisches Beispiel:

Der Prälat Kaller in Schneidemühl, der Leiter der päpstlichen Administratur für die Grenzmark, der bekanntlich unlängst in Dirschau von der polnischen Paßbehörde eine Nacht lang in einem unwürdigen Raum eingesperrt wurde, hatte sich dagegen ausgesprochen, daß in den Kirchen seiner Gemeinde weiß-rote Fahnen aufgestellt würden. Für die katholischen Kirchen gebe es nur die gelb-weiße päpstliche Fahne, und die Politik gehöre nicht in das Gotteshaus. Darob erhob sich ein Sturm der Entrüstung, nicht nur in den Blättern der polnischen Minderheit in Deutschland, sondern auch in einem Teil der hiesigen polnischen Presse. Da sehen wir es wieder: der Herr Prälat will den polnischen Gläubigen ihr Volkstum rauben. Ist das nicht ein fürchterliches Leid, das sich jenseits unserer Grenzen auftut?

Mit Verlaub, ihr christlichen Zeitungen mit dem heidnischen Sinn, überschlagt euch nicht allzu sehr in eurer Maßlosigkeit! Hierzulande wäre weder ein deutscher Katholik noch ein deutscher Protestant so hirnverbrannt, den Einzug der schwarz-rot-goldenen oder der schwarz-weiß-roten Fahne in sein Gotteshaus zu verlangen. Hier tragen wir in Stille an dem Schmerz über die Kirchen und Pfarrer, die uns genommen wurden. Hier geben die deutschen Katholiken nur ihrer Sorge darüber Ausdruck, daß ihnen mit der Einführung der polnischen Predigten in die Bromberger Jesuitenkirche (wohl gemerkt: diese angeblich notwendigen Gottesdienste können zur gleichen Stunde in polnischen Kirchen abgehalten werden!) vielleicht das letzte Gotteshaus einer deutschen katholischen Personalgemeinde genommen wird. Habt Achtung vor unserem Schmerz und vor unseren Sorgen, und wenn ihr uns — trotz eurer eigenen Passionsgeschichte längst vergangener Zeiten — von unseren wohl erworbenen Plätzen verdrängen wollt, dann besitzt wenigstens Scham genug, um schweigend das Böse zu tun, von dem ihr nicht lassen könnt!

Große Mehrheit für das Kabinett Brüning.

Berlin, 4. April. Die Sitzung des Reichstages begann gestern vormittag 11 Uhr in Anwesenheit zahlreicher Abgeordneter bei vollbesetzter Galerie, die mit Ungeduld auf das Ergebnis der Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett des Kanzlers Dr. Brüning wartete. Schon lange vor der Eröffnung der Sitzung unterhielt man sich in den Wandelgängen des Reichstags lebhaft über den letzten Beschluß der deutschnationalen Fraktion, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen.

Als erster ergriff das Wort der Vertreter der Nationalsozialisten Graf Reventlow, der es ablehnte, einer Reihe von Kabinettsmitgliedern Vertrauen entgegenzubringen. Er wandte sich besonders gegen die Polenpolitik und sprach die Befürchtung aus, daß auch die Sanktionsgefahr weiter über Deutschland hängen bleibe. Er fragte den neuen Innenminister Dr. Wirth, ob er Thüringen gegenüber die von Severing eingeschlagenen Maßregeln fortsetzen wolle. Der Redner kündigte für diesen Fall den schärfsten Widerstand der Nationalsozialisten an.

Auch bei der nun folgenden Rede des Kommunisten Rädel blieb der Plenarsitzungssaal ziemlich leer, er füllte sich erst bis auf den letzten Platz, als dann Reichskanzler Dr. Brüning zur Beantwortung der in der Debatte gestellten Fragen das Wort ergriff. Seine Darlegungen über die künftigen Aufgaben der Regierung kleidete der Reichskanzler in lakonische Formeln. Über die Außenpolitik, sagte er, wird demnächst in der Außenkommission des Reichstages die Rede sein. Die bisherige Politik der Handelsverträge wird fortgesetzt werden. Das Hilfsgesetz für die Landwirtschaft, das auf Grund des Programms des Ministers Schiele und im Auftrage des Reichspräsidenten bearbeitet wurde, wird den gesetzgeberischen Körperschaften noch im Laufe der künftigen Woche vorgelegt werden. Bald wird dem Reichstage auch das Hilfsgesetz für das östliche Grenzgebiet Deutschlands zugehen. Entsprechend dem Artikel 48 der Verfassung wird bei der Durchführung von Maßnahmen in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob sie mit der Verfassung im Einklang stehen. Die Entscheidung selbst, ob gewisse Sachen auf Grund des Art. 48 der Verfassung mittels Dekrets durchgeführt werden sollen, liegt im Zuständigkeitsbereich des Reichstages.

Nach dem Reichskanzler sprach der Abg. Hugenberg, der seine Rede mit der Erklärung einleitete, daß seine Fraktion sich entschlossen habe, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen, um nicht die Pläne des Landbundes zu durchkreuzen, der die Verantwortung dafür auf sich genommen hat, daß die Regierung unverzüglich an die Ausführung des Agrarprogramms und des Hilfsprogramms für die Ostprovinzen herantreten wird. Die Unterstützung, die die Fraktion der Regierung jetzt leiht, bedeute jedoch nicht, daß die Deutschnationale Partei dem Kabinett Brüning das Vertrauen ausspreche. Im Gegenteil, sagte Abg. Hugenberg, bringt die Deutschnationale Partei der neuen Regierung auch weiterhin das größte Mißtrauen entgegen. Die Einwände der Deutschnationalen gegen das Programm des Kabinetts Brüning betreffen in erster Linie die Agrarpolitik und die Handelsvertragspolitik. Das Agrarprogramm der Regierung hält die Deutschnationale Partei für ungenügend. Die Deutschnationale Fraktion wird gegen den Handelsvertrag mit Polen stimmen und eine Rate für den Bau eines zweiten deutschen Panzerkreuzers sowie die Rückgängigmachung der Anordnungen gegen Thüringen fordern. Die endgültige Haltung gegenüber der Regierung des Kanzlers Brüning macht die Deutschnationale Fraktion von den Taten dieser Regierung abhängig.

Nach dieser Erklärung war das Abstimmungsergebnis schon für niemand mehr eine Überraschung. Der Antrag auf das **Mißtrauensvotum wurde mit 252 gegen 187 Stimmen,** also mit einer Mehrheit von 65 Stimmen, die etwa der zahlenmäßigen Stärke der Deutschnationalen Fraktion entspricht, **abgelehnt**. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Kommunisten sowie die Nationalsozialisten. Es fiel allgemein auf, daß während der Abstimmung etliche Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion nicht anwesend waren, u. a. der preußische Ministerpräsident Braun, der ehemalige Reichskanzler Müller, der ehemalige Finanzminister Hilferding, der ehemalige thüringische Minister Fröhlich, der ehemalige bayerische Ministerpräsident Hoffmann und der ehemalige Wirtschaftsminister Robert Schmidt. Der ehemalige Minister Severing gab seine Stimme für den Antrag seiner Fraktion ab.

In parlamentarischen Kreisen ist, wie die Poln. Telegr.-Agentur wissen will, man der Meinung, daß der Reichskanzler eine Reihe von Zugeständnissen zugunsten der am Mittwoch von den Vertretern der deutschnationalen Fraktion erhobenen Forderungen gemacht hatte, um sie für sich und sein Kabinett zu gewinnen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Unmittelbar nach der Reichstagssitzung trat das Kabinett zu einer Besprechung zusammen, die sich insbesondere mit der Frage beschäftigte, in welcher Reihenfolge der umfangreiche Gesetzesstoff nunmehr an den Reichstag herangebracht werden soll. Zunächst werden voraussichtlich die Steuergesetze, die ja schon im Ausschuß vorliegen, dann die neuen Agrarvorlagen beraten werden, und zwar mit äußerster Beschleunigung. Für beide Fragenkomplexe sind nur je zwei Tage vorgesehen. Die Absicht, die neuen Steuergesetze notfalls — auch ohne Auflösung des Reichstags — wegen der bedenklichen Verzögerung auf dem Notverordnungswege in Kraft zu setzen, scheint, wie die „D. Allg. Ztg." schreibt, noch nicht endgültig aufgegeben, aber in den Hintergrund getreten zu sein. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen.

*

Gegen 2 Uhr nachmittags waren im Reichstag Gerüchte verbreitet, wonach das Kabinett auch die Möglichkeit erwäge, den Reichstag nunmehr doch noch aufzulösen, und zwar im Hinblick darauf, daß Dr. Hugenberg am Schluß seiner Erklärung dem Kabinett ausdrücklich das Mißtrauen ausgesprochen und sich nur den Zeitpunkt der Verwirklichung vorbehalten habe. Diese Gerüchte fanden keine Bestätigung. Das Kabinett hat offenbar die Absicht, zunächst an die Arbeit zu gehen und von der Auflösungsermächtigung erst dann Gebrauch zu machen, wenn diese Arbeit ernsthaft gestört wird. Die Vorbereitung der in nächster Zeit vorzulegenden Gesetzentwürfe wurde bereits aufgenommen.

Die neue Rechte.

Politiker sein heißt Entwicklungen vorausfühlen und auf den Wegen des Möglichen diese Entwicklungen dem erstrebten Ziele zulenken. In der Zeit nach dem Zusammenbruch glaubte man in bürgerlichen Rechtskreisen, daß nach dem Gesetze der Pendelschwingung eines Tages die Rechtsparteien infolge ihrer Opposition gegen den neuen Staat und dank unbestreitbarer Fehler des neuen Staates eine so starke Anhängerschaft gewinnen würden, daß sie den Staat nach ihrem Willen würden umformen können. Radikalistische Kreise hielten es sogar für möglich, durch voreilige Putschversuche die Entwicklung beschleunigen zu können. Anfängliche Wahlerfolge der deutschnationalen Partei, die einmal sogar stärkste Reichstags-

partei wurde, schienen diesen Hoffnungen recht zu geben. Als die Entwicklung einen anderen Weg ging, als der neue Staat sich zusehends festigte und als auf dem Wege über Preußen im besonderen die Sozialdemokratie sich eine fast uneinnehmbare Machtstellung in diesem Staate zu schaffen begann, da wurde der Gedanke einer Machteroberung durch Mitarbeit auch bei der Rechten wach. Sogar der Stahlhelm, die Organisation des Frontsoldatentums, gab die Parole aus: Hinein in den Staat! Der schwache Punkt dieser positiv gerichteten Oppositionspolitik war, daß man in Rechtskreisen diese Mitarbeit am Staat innerlich nur als taktisches Mittel zum Zweck der Einflußnahme auffaßte. Mit stärkstem Mißtrauen wurden die deutschnationalen Vertreter in den verschiedenen Reichsregierungen beobachtet. Gerade wegen ihrer innerlichen Unsicherheit im Verhältnis zum Staat konnten sie über die aktuelle Tagesarbeit hinaus nichts erreichen. Von einer Umformung des Staates nach ihren Wünschen konnte keine Rede sein. Ihre Beteiligung an der Staatsleitung ging weniger auf den Wunsch der Koalitionsparteien zurück, rechts gerichtete Kräfte zur Mitarbeit zu gewinnen, als auf die Haltung der Sozialdemokratie, die sich damals bestimmten und notwendigen Aufgaben versagen zu müssen glaubte, um sich in der Opposition erholen zu können.

Die Rückwirkung jener Mißerfolge der deutschnationalen Beteiligung an der Regierung war ein Machtgewinn der scharf oppositionellen Gruppe, die sich um Dr. Hugenberg und seinen großen publizistischen Apparat sammelte. Mit energischem Zugriff stieß die Hugenberggruppe in die Leitung der Partei vor und verkündete dem Staate einen Kampf bis aufs Messer. Die Tatsache, daß sich weniger in der Person Hugenbergs selbst als in seiner nächsten Umgebung sozial-reaktionäre Kreise in den Vordergrund schoben, schuf die erste Beunruhigung in den Arbeitnehmerschichten der Partei. Aus den Kreisen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, dessen Organe und Führer ernsthaft die Verwirklichung des konservativen Staatsgedankens als eine Überwindung von „Liberalismus und Reaktion“ zu durchdenken begonnen hatten, wurde die offene Opposition laut. Landwirtschaftliche Kreise, denen es um Sicherung ihres Daseins, wie sie nur durch Einflußnahme auf den Staat zu erreichen war, mehr ging als um Zerstörung dieses Staates, zeigten ihre Sympathie für die neuen Stimmungsregungen. Aus dem Schrifttum der Bewegung ergab sich bald, daß nicht eine der üblichen parteipolitischen Absplitterungsbewegungen etwa in Richtung auf die Neugründung einer freikonservativen Partei im Gange war, sondern eine radikal-konservative Bewegung, die den konservativen Gedanken von der Verschlackung durch einen veräußerlichten legitimistisch gefärbten und im Grunde liberalistischen Nationalimperialismus befreien wollte, um an die wahrhaft konservativen Gedanken eines Freihern von Stein, eines Lagarde wieder anzuknüpfen. Die Erhaltung der Volkssubstanz, die Bejahung aller positiven Kräfte im Staats- und Volksleben ist das Ziel dieser Gesinnungsrichtung.

Der offene Streit mit der Parteileitung, der schon in der monarchistischen Frage um den „Fall Lambach“ aufgeflackert war, entbrannte im Anschluß an die verfehlte, weil taktisch falsch angelegte Aktion für das Volksbegehren, als ein Privatbrief des Abgeordneten Treviranus bekannt wurde, in welchem es im Hinblick auf die gegenwärtige Lage prophetisch hieß: „Das Zentrum wartet — dafür kann ich mich verbürgen — nur auf die Klärung in der Rechten, um den Bruch mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und eine durchgreifende Reichs- und Finanzreform mit uns im Bunde durchzuführen. Die Person Hugenbergs und die Tendenz der Alldeutschen gilt, wie beim Reichspräsidenten, als unübersteigliches Hindernis.“ Die neue Rechte ist zur Zusammenarbeit nicht nur mit den konservativen Kräften im Zentrum, sondern mit dem positiv zum deutschen Volks- und Staatsgedanken stehenden Kreisen auch in anderen Parteien bereit. Sie hat geistige Verbindungsbrücken über die Parteischranken hinweg geschlagen, bis zu den sozialistischen Gruppen, die wie der Kreis um Nikisch und Winnig und einige Persönlichkeiten in der Sozialdemokratie selbst sich zu einer Politik des geistigen nationalen Widerstandes bekennen. Der Wille zum Staat als Tatsache aber auch als Gestaltungsproblem ist bei der neuen Rechten nicht nur Taktik, sondern Inhalt. Auch bei der Sozialdemokratie hat man diese Bewegung ernst zu nehmen begonnen. So schrieb der bekannte Sozialdemokrat Sollmann: „Diese Treviranus und v. Keudell sind keine National-Liberalen, keine Plutokraten, auch keine parlamentarischen Routiniers. Es sind Männer mit einer Idee: eines christlich-sozialen Jungkonservatismus, der sie an die Seite des Zentrums führen muß. Die Sozialdemokratie tut gut, mit großer Aufmerksamkeit die Kräfte zu beobachten, die nicht nur zahlenmäßig, sondern mit großen und leuchtenden Ideen vorstoßen. Herr Hugenberg tobt gegen uns. Herr Hitler rast. Herr Seldte paradiert. Die geistige Offensive gegen uns aber bereiten Kaas, Brüning und Treviranus vor. . .“

Die volkskonservative Gruppe hat sich in ihrer Stellung zum Staat, zur Religion mit der christlich-sozialen Gruppe zusammengefunden. Diese ist ein Überrest der von Stöcker begründeten Bewegung. Auch diese Kreise haben einen neuen politischen Willen gefunden. Der Abgeordnete Hülser schreibt in der Dr. Brüning nahestehenden Zeitschrift „Das Staatsschif“: „. . Stöckers Kultur- und Sozialpolitik war ihm Mittel zum Zweck der Sicherung des monarchischen Staates. Die neue christlich-soziale Bewegung stellt sich die Aufgabe, die kulturellen und sozial gerichteten Kräfte unseres Volkes zu erhalten und neu zu beleben, um damit dem neuen Staate ein sittliches Fundament und sittlichen Inhalt zu geben. Das zwingt sie zu einer weit über Stöcker hinausgehenden Ausprägung auch ihres staatspolitischen Wollens. . . .“ Endlich ist zur „Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft“ noch der „Christliche Volksdienst“ gestoßen, der in Süddeutschland und Westdeutschland bei den Kommunalwahlen überraschende Erfolge errang. In seinem Aufruf heißt es: „Laßt uns auf dem Boden des heutigen Staates stehend die Hand anlegen . . . Im Namen Gottes für Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft! In der Gebundenheit des Gewissens an Gottes Wort für die Reinheit in Familie, Presse und Kunst! Alles für Deutschland! — Deutschland für Christus!“ Alle diese Verlautbarungen sind neue Töne und neue Stimmen im Gewirr der abgeleierten Parteischlagworte, mit denen die bisherigen politischen Gruppen um Anhang geworben haben. Es ist begreiflich, daß das Zentrum, das zwar Außenpolitik und im gewissen Umfange auch Innenpolitik mit der Sozialdemokratie machen kann, niemals aber Kulturpolitik, auf diese Töne gehört hat. Gefährlich für die Entwicklung ist die Tatsache, daß die neue Rechte vielleicht ein Jahr zu früh vor unmittelbare praktische politische Aufgaben gestellt ist, denen sie zwar geistig aber noch nicht machtpolitisch gewachsen ist. Die kommenden Tage und Wochen sind im Spiegel der oben gekennzeichneten Entwicklungen besonders bedeutungsvoll.

Minister Zaleski spart.

Warschau, 4. April. Das Sekretariat des Sejmmarschalls gibt bekannt: Außenminister Zaleski hat den Sejmmarschall davon in Kenntnis gesetzt, daß mit dem 1. April die sogenannten Feuilles de route (Reisescheine) für die Abgeordneten zur Ausreise nach dem Auslande, die ihnen bis jetzt zustanden, nicht mehr ausgegeben werden.

Gleichzeitig teilte der Vizeminister im Außenministerium Wysocki der polnisch-französischen parlamentarischen Gruppe mit, daß infolge der Verringerung des Dispositionsfonds des Außenministeriums das 12 000 Zloty jährlich betragende Subsidium der Gruppe nicht gezahlt werden wird.

Revolverschüsse im Warschauer Bezirksgericht.

Warschau, 4. April. (PAT) Das Gebäude des Bezirksgerichts in Warschau bildete gestern den Schauplatz eines blutigen Zwischenfalls. In diesem Gericht fand ein Prozeß gegen einen gewissen Berek Gorfinkel statt, der unter der Anklage stand, seinen Kollegen Majer Hasenfuß ermordet zu haben. Als nach der Pause der Angeklagte von der Polizei aus dem Arrestantenzimmer in den Sitzungssaal geführt wurde, vertrat ihm der Bruder des verstorbenen Hasenfuß Moschek den Weg; dieser zog einen Revolver und gab drei Schüsse auf den Angeklagten ab. Gorfinkel erhielt einen Hals- und einen Brustschuß, stürzte die Treppe herunter und blieb schwer verletzt liegen. Der Täter wurde verhaftet und die Verhandlung vertagt.

England und die Ukrainer.

Eine Interpellation im englischen Unterhause über das Schicksal der Ukrainer in Polen.

Als durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 Ostgalizien definitiv an den polnischen Staat angeschlossen wurde, hat auch England als Mitglied der Entente, die über das Schicksal von Millionen von Ukrainern entschied eine mehr als moralische Verpflichtung übernommen, die Durchführung der kulturellen und Verwaltungsautonomie, zu der Polen sich gegenüber den Ukrainern verpflichtet hatte, zu überwachen. Bereits vor mehreren Jahren wurden seitens englischer Abgeordneter diesbezügliche Anfragen an die englische Regierung gerichtet, als man über das Schicksal der Ukrainer in Polen besorgt war.

Am 20. März d. J. wandte sich der Abgeordnete Malone, ein besonderer Kenner des Ostens, der bereits im Vorjahre verschiedene Aufsätze über die Lage im Nahen Osten veröffentlicht hat, und auch an Chamberlain eine Interpellation über die Behandlung der Ukrainer und Weißruthenen in Polen richtete, mit einer neuerlichen diesbezüglichen Anfrage an den englischen Außenminister Henderson, wobei er besonders darauf hinwies, daß auch zwei am Anfang des Vorjahres an den Völkerbund gerichtete Eingaben, die Unterdrückung des ukrainischen Volksschulwesens und der örtlichen Selbstverwaltung betreffend, bis zum heutigen Tage nicht erledigt sind. Der englische Außenminister erklärte, daß ihm über diese Eingaben noch nichts bekannt sei, daß er sich jedoch darüber informieren werde und annehme, daß diese Frage bei der nächsten Ratssitzung erledigt werde.

Rheinlandräumung und Sicherheit.

Eine Schweizer Stimme.

Genf, 4. April. Im Zusammenhange mit der Ratifizierung des Young-Planes durch die französische Kammer bringt das „Journal de Genève“ einen Artikel, in dem nachgewiesen wird, daß Frankreich durch die vorzeitige Räumung des Rheinlandes viel mehr gewinnt als es verliert. Frankreich werde viel sicherere moralische Garantien als materielle Garantien haben und sich die Dankbarkeit anderer Staaten erringen, die den Wunsch hegen, daß der internationale Friede nicht durch nationale Interessen gestört werde. Die Dankbarkeit werde auch in Gestalt der diplomatischen Autorität zur Geltung kommen. Frankreich wird, so heißt es in dem Artikel weiter, sehr viel gewinnen, denn zweifellos werden sich seine Beziehungen zu Deutschland bessern, wodurch der Friede in Europa gesichert und die wirtschaftliche Zusammenarbeit leichter sein wird. Dies sind die einzigen Elemente der Sicherheit, des Wohlstandes, der Erfolge und der Größe, deren Bedeutung nur Taube und Blinde nicht gehörig einschätzen können.

Diese Ausführungen sind eine Antwort auf die Warnungen des Generals Mordacq und auf einen Artikel der „Action Française“, nach deren Ansicht die Ratifizierung ein „Verbrechen gegen Frankreich und gegen den Frieden“ bildet.

Stalin von Budjenni geohrfeigt.

Aus Moskau wurde gemeldet, daß in allernächster Zeit der Inspekteur der Sowjetkavallerie, General Budjenni, der in der letzten Zeit energisch gegen die Diktatur Stalins, sowie die Kollektivisierung der bäuerlichen Wirtschaften protestiert hatte, von seinem Posten entlassen werden wird. In der Sitzung des Zentralen Vollzugskomitees hatte Budjenni erklärt:

Als Sohn eines der „Kulaken“ (Bauern), denen man jetzt von den Sowjetbehörden den Garaus macht, kann ich nicht in den Reihen der Roten Armee bleiben und bitte daher, entweder auch mich der „Bereinigung“ zu unterziehen oder ich werde andere so bereinigen, daß sie sich nicht werden erinnern können, ob sie überhaupt auf der Welt gelebt haben.

Nach dieser feierlichen Erklärung trat Stalin auf den in Wut geratenen General heran und befahl ihm, den Sitzungssaal zu verlassen. Budjenni versetzte dem Diktator einige Ohrfeigen und machte seinem Zorn durch verschiedene Schimpfworte an die Adresse des Diktators Luft, die hier **nicht wiederholt werden können.**

Attentat auf den Garnisonkommandeur von Reval.

Reval (Talin), 14. April. (PAT) In der gestrigen Nacht wurde hier ein Attentat auf den Garnisonkommandeur General Unta verübt. Eine bis jetzt nicht ermittelte Person gab auf der Straße zwei Revolverschüsse auf den General ab, der schwer verwundet wurde. Im Hospital wurde unverzüglich eine Operation vorgenommen, doch ist der Zustand des Verletzten hoffnungslos. Dem Täter gelang es, zu entkommen.

In London wird fortgewurstelt.

London, 3. April. In der gestrigen Sitzung der Seeabrüstungskonferenz lehnte der französische Ministerpräsident Tardieu sämtliche ihm in der Frage der Sicherheit Frankreichs gemachten Vorschläge ab; er bezeichnete sie als ungenügend. Infolgedessen wurde die auf Freitag anberaumte Plenarsitzung der Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt.

Tardieu plötzlich erkrankt.

Paris, 3. April. (PAT) Ministerpräsident Tardieu ist plötzlich während der Nachmittagssitzung der juristischen Kommission der Deputiertenkammer erkrankt. Er begab sich unverzüglich nach Hause, wo der Arzt feststellte, daß die Unpäßlichkeit des Ministerpräsidenten auf eine Vergiftung zurückzuführen ist, die er sich durch den Genuß einer Speise zugezogen hat. Nach dem Gutachten der Ärzte besteht jedoch kein Grund zu Befürchtungen.

Wiederwahl des Präsidenten von Irland.

London, 4. April. (PAT) Wie aus Dublin gemeldet wird, wählte die Nationalversammlung gestern Cosgrave abermals zum Präsidenten des Vollzugsrats des Freistaates Irland. Cosgrave hatte in der vergangenen Woche nach dem Ergebnis der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen die Regierung sein Amt niedergelegt.

Republik Polen.

General Józef Haller — Ehrenbürger von Gdingen.

Gdingen, 3. April. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verlas der Vorsitzende die Urkunde, die den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung enthält, durch welchen dem General Józef Haller das Ehrenbürgerrecht der Stadt Gdingen verliehen wird.

Abrundung der Eisenbahnfahrkarten-Preise.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen hat das Verkehrsministerium angeordnet, daß die Zusatzgebühren (für die Arbeitslosen, für das Rote Kreuz u. a. m.), die jetzt beim Verkauf der Eisenbahnfahrkarten erhoben werden, mit dem 1. April d. J. in die Fahrkartenpreise einbezogen werden sollen. Im Zusammenhange damit werden die Eisenbahnfahrkarten-Preise vom 1. April d. J. auf volle 10 Groschen abgerundet, was die Manipulation an den Billettschaltern erleichtern soll.

Bartel nach Wien abgereist.

Warschau, 3. April. Gestern abend ist der ehemalige Ministerpräsident, Professor Bartel, nach Wien abgereist. In den Nachmittagsstunden statteten ihm der Präsident der Republik und Sejmmarschall Daszyński Besuche ab.

Ministerrat in Warschau.

Warschau, 4. April. (PAT.) In den gestrigen Nachmittagsstunden fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Sławek und in Anwesenheit des Marschalls Piłsudski eine Sitzung des Ministerrats statt, in der über die allgemeine Lage des Landes Berichte erstattet wurden. Der Leiter des Finanzministeriums sprach über die finanzielle Situation des Staates, der Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel über die Wirtschaftslage, der Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge über die Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Referent des Verkehrsministers über den finanziellen Stand der Eisenbahn. Der Lage der Landwirtschaft wird die nächste Sitzung des Ministerrats gewidmet sein.

Dementi.

Warschau, 4. April. Entgegen den Gerüchten, die in den letzten Tagen die Runde durch die Presse machten, als ob in der Zusammensetzung der Regierung des Ministerpräsidenten Sławek demnächst Personalveränderungen zu erwarten seien, wird aus maßgebenden Quellen erklärt, daß diese Gerüchte der Wahrheit nicht entsprechen und sich auf beliebige Kombinationen stützen.

Deutsches Reich.

Dr. Luther im Amt.

Berlin, 4. April. (PAT) Der neu ernannte Reichsbankpräsident Dr. Luther hat gestern offiziell die Amtsgeschäfte übernommen.

Aus anderen Ländern.

Demission des rumänischen Kriegsministers.

Bukarest, 4. April. (PAT) Der Ministerrat nahm die Demission des Kriegsministers Tychowski zur Kenntnis und betraute den Ministerpräsidenten Maniu mit der vorläufigen Führung der Amtsgeschäfte des Kriegsministers.

Annahme des englischen Kohlengesetzes.

London, 4. April. (PAT) Das Unterhaus hat gestern mit 277 gegen 234 Stimmen die Entschließung der Konservativen, in der die Ablehnung des Projekts des Kohlengesetzes gefordert wurde, abgelehnt. Das Projekt wurde dann in dritter Lesung angenommen.

Präsidentschaftswahlen in Lettland.

Riga, 3. April. Der Seniorenkonvent des lettischen Landtags hat auf Wunsch des Präsidiums die Wahl des Staatspräsidenten auf den 7. April festgesetzt, da die Amtsperiode des gegenwärtigen Präsidenten Zemgals mit dem 8. April abläuft. Als Kandidaten werden außer dem gegenwärtigen Präsidenten Zemgals der Vertreter des Bauernverbandes Abg. Kweesis, sowie der Vertreter der Sozialisten und jetzige Sejmmarschall Dr. Kalnin genannt.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 80.

Bromberg, Sonnabend den 5. April 1930.

Pommerellen.

Schwetz kann lachen.

Ein Spaßvogel hat sich das Stückchen geleistet, an die Presse am 31. März die Nachricht zu lenken, daß in Schwetz ein Kriegsschatz aus napoleonischer Zeit gefunden wurde. Die „Gazeta Bydgoska" und die „Danziger Neuesten Nachrichten" berichten ganz ernsthaft darüber. Nach der Meldung dieser Blätter handelte es sich um drei Kisten, in denen sich Goldmünzen mit Schmuckgegenständen sowie Haus- und Küchengeräten befanden. Man neige zu der Ansicht, daß es sich um eine Kriegskasse und Siegestrophäen Napoleons handele. Die Möglichkeit bestehe aber auch, daß man es mit einer Kriegsbeute zu tun habe, die von napoleonischen Truppen aus Rußland 1812 mitgeführt wurde und den auf dem katastrophalen Rückzug befindlichen Kriegern des großen Korsen dort verloren ging. Der glückliche Finder des Schatzes sei ein Möbelfabrikant, der die lobenswerte Absicht habe, dort auf eigene Kosten (!) ein Kriegsmuseum zu gründen, zugleich mit größerer Ausstellungsgelegenheit für eigene Fabrikerzeugnisse. Falls dieser Plan zur Ausführung gelangen sollte, würde der jetzt gemachte Fund sicher einen wertvollen Grundstock für historische Museumssammlungen bilden. Einstweilen sei der gefundene Schatz in drei noch bestens erhaltenen Zellen des mächtigen, unversehrten Burgturmes untergebracht.

Schwetz könnte lachen — wenn die Nachricht auf Wahrheit beruhen würde. Es lacht auch so. Mancher läßt sich eben einen brennenden Bären aufbinden, ein anderer einen Kriegsschatz aus Napoleons Zeiten. Ein dritter beides.

4. April.

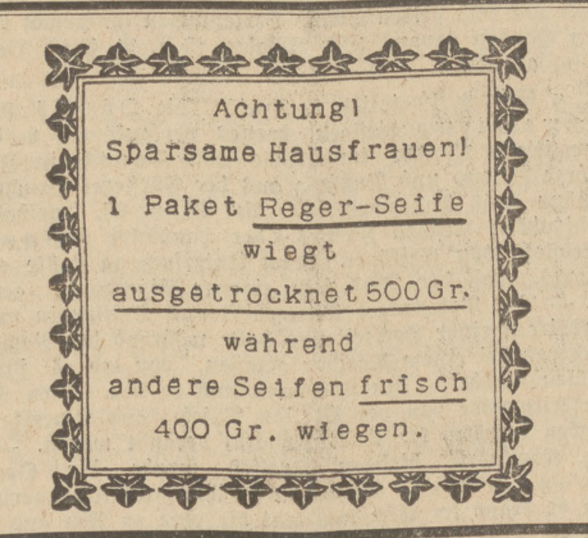
Graudenz (Grudziądz).

× **Für die Verschönerung des Stadtäußern** soll auch im laufenden Jahre recht viel geschehen. Die am meisten ins Gewicht fallende Arbeit wird in der Richtung einer Veränderung und Verbesserung des Fußweges am Stadtparkrande an der Rehdener Chaussee geleistet. Es werden — die Arbeiten haben bereits begonnen — die bisher dort befindlich gewesenen Bäume entfernt, und auf dem so gewonnenen freien Platz wird vom Bankettbord an eine sich am Saum des Stadtparkes entlang ziehende mehrgestaltige Alleeanlage hergestellt. Sie soll aus einem 2 Meter breiten Radfahrweg, einem etwas breiteren Reitestreifen, sowie einem etwa 5 m Breite besitzenden Promenadenweg bestehen, der im Abstande von ca. 20 Metern Einschnitt mit Bänken erhalten sowie ferner mit Linden bepflanzt werden wird. Die Gesamtanlage will man bis zu von der Rehdener Chaussee in den Stadtpark nach dem „Waldhäuschen" führenden Wege schaffen, ein Werk somit, das viel Mühe und geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Im Stadtpark selbst sind inzwischen die einzelnen Wege weiter mit Kies belegt worden. Auch die Victoriusstraße (Wiktoriusza) wird, wie dort gelagerte Kieshaufen anzeigen, eine solche, für diesen viel in Anspruch genommenen, in den Übergangsjahreszeiten mit ihrer nassen Witterung oft tief aufgeweichten und schlecht passierbaren Weg besonders notwendige Bessergestaltung erfahren. In den hier gelegenen Heimstätten sind deren Inhaber bereits mit der Herrichtung dieser Erholungsgärtchen für die neue Saison beschäftigt; noch lebhafter aber geht es auf dem vom Heimstättenverein von der Stadt hinzugepachteten Gelände zu, auf dem diejenigen Vereinsmitglieder, die hier ihre Parzellen von Grund auf erst einrichten, bepflanzen und mit Lauben versehen müssen, naturgemäß erst recht wacker beschäftigt sind. Außer den Veränderungsarbeiten am Stadtpark plant die Stadtgärtnerei im Verein mit dem Verschönerungsverein noch die Anlage mehrerer Grünflächen mit Kinderspielplätzen, Blumenbeeten und Sitzplätzen. Die eine hiervon ist neben der Kreisstarostei, gegenüber dem Trinkekanal, eine andere beim staatlichen Arbeitsvermittelungsamt (an der Prinzenstraße) und die dritte in der Weichselstraße projektiert: zu der letztgenannten Anlage hat Ziegeleibesitzer Schulz, der Besitzer des betreffenden Geländes, anerkennenswerterweise auf eine Bitte des Verschönerungsvereins hin seine Genehmigung erteilt. Wenn man zu vorstehenden, bereits recht weitgehenden Absichten noch die Bepflanzung von einigen Straßen, wie z. B. der verlängerten Pohlmannstraße, mit Bäumchen sowie die sonst etwa nötigen Ausbesserungen von bereits bestehenden Gärtchen, von den regelrechten Bepflanzungs- und Besamungserfordernissen gar nicht zu reden, in Rechnung zieht, so sieht man ohne weiteres, daß der Kreis der gärtnerischen städtischen und Vereins-Wirksamkeit diesmal besonders weit gezogen ist. Deshalb ist es auch fraglich, ob dem ganzen Aufgabenkomplex im jetzigen Jahre Genüge werden wird. *

× **Gebt acht auf Marktdiebe!** Auf dem letzten Wochenmarkt wurde der Landwirtsfrau Nozalja Krajczewska aus Debenz (Dębiniec), Kreis Graudenz, ihre Handtasche mit 145 Złoty und einer Bescheinigung zwecks billigerer Eisenbahnfahrt zum Wochenmarkt nach Graudenz von einem Taschendiebe entwendet. *

× **Gefunden und auf dem 2. Polizeikommissariat** abgegeben wurde eine Brieftasche mit 6,10 Złoty Inhalt. *

× **Laut letztem Polizeibericht** ist Władysława Kulczyńska, Culmerstraße (Chełmińska), eine Anzahl kleiner Gegenstände im Gesamtwerte von 80 Złoty, Ludwika Krojewska, Culmerstraße (Chełmińska) 86, eine Türfüllung (!) im Werte von 50 Złoty, Witold Kozborski, Tuscherdamm (Tuszewska Grobla) 2, elektrische Glühlampen im Werte von 20 Złoty, und Tela Jakóbowicz, Getreidemarkt (Plac 23 Stycznia) 31, Seite im Werte von 75 Złoty entwendet worden. *



*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Deutsche Bühne Grudziadz. Zu halben Preisen gibt es „Arm wie eine Kirchenmaus" am kommenden Sonntag, dem 6. April, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindehause. Zu Beginn und in den Pausen finden Orchestervorträge statt. (4241 *

Thorn (Toruń).

t **Der Magistrat gibt bekannt:** Die städtischen Körperschaften beschlossen am 13. und 26. März d. J. das Statut über die Erhebung der Hausmüll-Abfuhrgebühren im Bereich der Stadt Thorn und die Prozentstufen für die Gebührenbemessung für das Halbjahr 1930/31. Das Statut sowie die Höhe der Prozentstufen sind im Anzeigenkasten im Rathause angeschlagen. **

t **Öffentliche Ausschreibung.** Das Baukomitee der Staatlichen Forstdirektion in Thorn hat die Vergebung zur Aufstellung eines gemauerten Zaunes bei dem Neubau an der Ecke Mellienstraße und Baumschulenweg (ul. Mickiewicza und ul. Moniuszki) erneut ausgeschrieben. Kostenanschlagsformulare, Zeichnung und nähere Informationen sind im Wojewodschaftsamt, Direktion für öffentliche Arbeiten, Zimmer Nr. 50, beim Bauleiter Ingenieur K. Milewski während der Dienststunden erhältlich. Offerten in verschlossenem und versiegeltem Umschlag mit der Aufschrift „Oferta na ogrodzenie gmachu Dyrekcji Lasów Państwowych w Toruniu" sind bei der Staatlichen Forstdirektion in Thorn, Zimmer 24, abzugeben. Sie müssen eine Quittung der Staatlichen Forst- bzw. Finanzkasse über eine eingezahlte Kaution in Höhe von 5 Prozent der Offertensumme enthalten. Der Eröffnungstermin ist auf den 14. April, mittags 12 Uhr, gelegt. **

t **Verzweiflungstat eines Fahnenflüchtigen.** Die Passanten auf der Eisenbahnbrücke waren am Dienstag Zeugen eines aufregenden Vorfalles. Ein Soldat, der durch einen anderen aus der Stadt nach dem Schießplatz begleitet wurde, **schwang sich plötzlich über das Geländer und sprang in die Weichsel.** Obwohl man so schnell als nur irgend möglich mit Rettungsversuchen einsetzte, konnte der Soldat nicht mehr gefunden werden. Wir erfahren, daß es sich um den 1908 in Włocławek geborenen Kazimierz Boczewski handelt, der als Rekrut zum Artillerie-Manöver-Regiment hierher eingezogen war. Vor einiger Zeit desertierte B., wurde jedoch schließlich verhaftet und sollte von der Stadtkommandantur zu seinem Truppenteil gebracht werden. Einer Bestrafung wegen Fahnenflucht zog er wahrscheinlich den Tod in den Fluten der Weichsel vor. — Gerüchtweise verlautet, daß B. aus eigener Kraft das Ufer der Basarkämpe erreicht habe und neuerdings geflohen sei. **

‡ **Einbruchsdiebstahl.** Unbekannte Täter brachen bei dem Kaufmann Josef Krzewiński in der Bergstraße (ul. Podgórna) 2 ein und stahlen eine größere Anzahl Stoffe, deren Wert noch nicht ermittelt werden konnte. Eine polizeiliche Untersuchung ist im Gange. **

‡ **Der Polizeibericht** vom 3. April meldet vom Vortage drei kleine Diebstähle, ferner die Festnahme von zwei Personen wegen Kohlendiebstahls und von je einer Person wegen Vagabundierens und wegen Trunkenheit. Die Kohlendiebe wurden dem Kreisgericht eingeliefert. **

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 6. April 30. (Judica).

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst Pfarr. Gürtler. 11½ Uhr: Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr Soldaten in der Herberge. Montag, abds. 8 Uhr: Jungmädchenverein. Dienstag, abds. 8 Uhr: Posaunenchor. Donnerstag, abds. 6 Uhr 6. Passionsandacht. Abds. 8 Uhr Jungmännerverein. Freitag, abds. 8 Uhr Bibelkreis.

Stadtmission Graudenz. Ogrodowa Nr. 9. Vorm. 9 Uhr: Morgen-Andacht. Nachm. ½5 Uhr Jugend-Vortrag. Nachm. 6 Uhr Gottesdst. Nachm. ½2 Uhr Gottesdienst in Treul. Nachm. ½3 Uhr Jugendvortrag in Treul. Montag, abds. 8 Uhr: Posaunenstde. Dienstag, nachm. 4 Uhr Sternbundstunde. Abds. ½8 Uhr Gesangstunde. Mittwoch, abds. ½7 Uhr Andacht in Weburg. — Donnerstag, abds. ½ Uhr Bibelstde. in Graudenz. — Freitag, nachm. 4 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Abds. ½8 Uhr: Gesangstunde.

Thorn.

≠ **Aus dem Landkreise Thorn,** 3. April. Der letzte Kohlendiebstahl auf dem Eisenbahnzuge bei der Station Griffen hat dank der energischen polizeilichen Ermittelungen seine Aufklärung gefunden. Es wurden sechzehn Personen aus Griffen ermittelt, die seit dem Januar d. J. Eisenbahn-Kohlentransporte bestohlen hatten. Bei den verschiedenen Haussuchungen wurden 30 Zentner Kohlen gefunden, beschlagnahmt und gegen Quittung der Station abgeliefert. Die Übeltäter gestanden ihre Schuld durchweg ein. — In Mlienitz drangen Diebe nach Einschlagen einer Fensterscheibe in die Wohnung des Gemeindevorstehers Franciszek Koźlikowski ein. Sie stahlen verschiedene Garderobestücke und die Kasse der Gemeinde Brzezinko. K. beziffert den Schaden auf 600 Złoty. Nach den unerkannt entkommenen frechen Dieben wird gefahndet
* *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Sonntag abend 8 Uhr im Dt Heim, Premiere bei der Deutschen Bühne: „Arm wie eine Kirchenmaus", das amüsante Lustspiel, das in unvergleichlichem Siegeszuge alle Bühnen der Welt erobert. — Karten bei Justus Wallis, Szeroka 34. (4164 * *

---

h. **Löbau** (Lubawa), 3. April. Warnung vor einem Betrüger. In der letzten Zeit tauchte hier ein Mann namens Johann Szotek aus Posen auf und schädigte durch Betrug verschiedene Kaufleute. Er stellte sich nämlich als Reisender der Firma Hans aus Posen vor und bot Hamburger Schmalz zu billigen Preisen an. Bei Bestellungen ließ er sich Vorschüsse in Höhe von 30—125 Złoty geben; die Lieferung des Schmalzes blieb aber aus. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß eine Firma Hans in Posen gar nicht vorhanden und der „Reisende" Szotek ein Betrüger ist. Es besteht der Verdacht, daß Sz. derartige Betrügereien auch in anderen Kreisen begangen hat. Eine weitere Ermittlung ist im Gange.

g. **Schwetz** (Swiecie), 2. April. Ein Brand vernichtete kürzlich Scheune und Stall des Besitzers Chylewski aus Lüdtkesfelde. Bei den Rettungsarbeiten trugen der Besitzer und sein beiden Söhne Verletzungen im Gesicht und an den Händen davon. Der Schaden ist z. T. durch Versicherung gedeckt.

a **Schwetz** (Swiecie), 3. April. Die Oberförsterei Schwekatowo hiesigen Kreises verkauft am 8. d. M. vormittags 10 Uhr im Lokale von Knuth in Janiej-Górze Brenn- und Nutzholz aus der Försterei Bruchniewo, Rudno und Brzozowo. — Am 29. v. M. meldete in Schirotzken hiesigen Kreises der Landwirt Kątny den Diebstahl von Geflügel. Nach Untersuchung stellte es sich heraus, daß der Dieb sein eigener Einwohner gewesen ist. — Der Briefträger Milczewski aus Dritschmin war in Gatzki auf einer Hochzeit und hatte während der Nacht sein Fahrrad bei einem Nachbar gelassen, von wo es ihm gestohlen wurde. — In Laskowitz sind in den letzten Tagen ein Kilometer von der Station Briefe aus Amerika gefunden worden, die ihres Inhalts beraubt waren. — In Gr. Kommorsk hiesigen Kreises wurde der Organist Bonna bestohlen. Es kamen zu ihm zwei Zigeunerinnen. Da er krank im Bett lag, trat die eine zu ihm ans Bett, um die Krankheit „festzustellen"! Während dieser Zeit stahl die andere aus seiner Hose, die über dem Bett hing 4670 Złoty. — In Bratwin ist Franz Friedy ein Schwein im Werte von 120 Złoty gestohlen worden. Dem Restaurateur Deręgowski in Dragacz wurden aus seinem Laden ein großer Teil Kolonialwaren gestohlen.

Sejmauflösung und internationale Verträge.

Eine sofortige Einberufung des Sejm ist eine staatliche Notwendigkeit!

Der Kommentar, mit dem der Warschauer Berichterstatter der **„Vossischen Zeitung"** die Stellungnahme des **„Ilustrowany Kurjer Codzienny"** zu der Frage versehen hatte, welchen Einfluß die Schließung der Parlamentssession auf die Ratifizierung des Handelsvertrages mit Deutschland ausüben wird, hat nunmehr den Berichterstatter des Krakauer Blattes veranlaßt, die Meinung von maßgebenden Kreisen in dieser augenblicklich aktuellsten Frage einzuholen. Er beschäftigt sich nun damit in einem längeren Aufsatz, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die Schließung der Budgetsession und die damit im Zusammenhange stehende Möglichkeit der Verspätung der Ratifizierung internationaler Abkommen nimmt gegenwärtig die juristische und politische Meinung lebhaft in Anspruch. Ein Blatt hatte sogar die Befürchtung ausgesprochen, daß die verspätete Ratifizierung des Liquidationsabkommens und des Young-Plans durch Polen die Hinausschiebung des Termins des Inkrafttretens des Young-Plans in ganz Europa zur Folge haben könnte, und daß Polen infolgedessen dem Druck ausländischer Mächte ausgesetzt werden würde. Es muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß diese Befürchtungen und Annahmen grundlos sind. Vor uns liegt der in Polen noch nicht veröffentlichte Text des Young-Plans, d. h. des sogenannten „Neuen Plans", sowie der Text des Abkommens über die Ostreparationen. Und was enthalten diese Dokumente? Die Schlußklausel des Young-Plans bestimmt, daß dieser in Kraft tritt, wenn die Reparationskommission und der Präsident der sogenannten Kriegslastenkommission festgestellt haben werden, daß das Haager Abkommen und die Annexe einerseits durch Deutschland, andererseits von vier unter folgenden fünf Staaten ratifiziert worden sind: Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Die weitere Bedingung betrifft die Festsetzung des Statuts der Reparationsbank, der deutschen Reichsbahn und die Schuldenaufstellung des Deutschen Reiches. Mit einem Worte: der Young-Plan tritt in Kraft ohne die Unterschrift anderer Staaten außer den erwähnten und sogar von diesen oben erwähnten braucht ein Staat das Abkommen nicht zu ratifizieren, ohne daß sein Inkrafttreten dadurch aufgehalten würde. Dieser Staat wird in der Praxis Japan sein. Freilich werden die Staaten, welche die Ratifikation noch nicht vorgenommen haben, mit dem Augenblick des Inkrafttretens des Young-Plans die Wohltaten des Abkommens nicht genießen können.

Sollte also Polen den Neuen Plan vor seinem Inkrafttreten nicht ratifizieren, so könnte es an den Behörden der Reparationsbank nicht teilnehmen, und die ihm durch den Young-Plan zugestandene Summe von 500 000 Goldmark würde bis zum Augenblick der Ratifizierung nicht zur Auszahlung gelangen. Natürlich wäre in politischer Hinsicht eine solche vorübergehende Ausschaltung von dem Genuß der Wohltaten des großen internationalen Abkommens sehr peinlich; doch man muß noch einmal unterstreichen, daß Europa weder auf die Inkraftsetzung des Young-Plans warten müßte, noch eine Grundlage zu Interventionen hätte.

Das Abkommen über die Ostreparationen

sieht als Bedingung des Inkrafttretens seine Ratifizierung durch die Schuldnerstaaten (Österreich, Bulgarien usw.), andererseits die Ratifizierung durch vier unter den folgenden Staaten: Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, sowie durch drei unter folgenden Staaten: Griechenland, Polen, Portugal, Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien vor. Mit einem Worte, der Mangel der Ratifizierung von polnischer Seite hält wiederum die Inkraftsetzung des Abkommens über die Ostreparationen nicht auf, da es genügt, wenn von der Sechs-Mächte-Gruppe, unter der sich Polen befindet, nur drei die Ratifizierung vornehmen. Natürlich wäre es aus politischen und Prestige-Rücksichten nicht gerade angenehm, wenn die Unterschrift Polens auf dem Akt der Ostreparationen mit dem Augenblick des Inkrafttretens des Plans fehlen sollte. Dies ist jedoch eine politische Frage ohne rechtliche Folgen.

Es muß betont werden, daß das

deutsch-polnische Liquidationsabkommen

mit dem Young-Plan eng zusammenhängt, und daher **haben die Mächte von Deutschland, von dessen Ratifizierung das Inkrafttreten des Yung-Plans abhing, gefordert (!!), daß es auch das damit zusammenhängende Liquidationsabkommen ratifiziere.** Nicht allein die Ratifizierung des Young-Plans durch Polen, sondern auch des Liquidationsabkommens durch die polnische Seite ist eine ausschließlich deutsch-polnische Frage. Es ist daher keiner der europäischen Staaten an der Ratifizierung des Liquidationsabkommens durch Polen interessiert, wenngleich alle diese Staaten mit Rücksicht auf das Inkrafttreten des Young-Plans an seiner Ratifizierung durch Deutschland interessiert waren. **(Das ist unrichtig. Die Mächte hätten sich mit der Ratifizierung des Young-Plans durch Deutschland auch dann zufrieden erklärt, wenn Deutschland das deutsch-polnische Liquidationsabkommen nicht ratifiziert hätte. D. R.)**

Und jetzt gehen wir zu der zweiten vom rechtlichen und politischen Standpunkt höchst bedeutungsvollen Frage über, d. h. ob bei dem Reparationsabkommen (Young-Plan, Ostreparationen) und bei dem Liquidationsabkommen auf Grund unserer Verfassung die Ratifizierung durch den Sejm erforderlich ist. Eine gewisse hervorragende Persönlichkeit sprach sich über das rechtlich-politische Interesse wie folgt aus: „Ich werde als Jurist, nicht als Diplomat meine Meinung äußern und daher nur auf die geschriebenen Bestimmungen der Verfassung hinweisen und mich der Beurteilung des politischen Eindrucks bezüglich einer solchen oder anderen Lösung der Frage enthalten. Legen wir uns vor allem die Frage vor, was der endgültigen Ratifizierung unterliegt. Dies sind die Haager Abkommen (Young-Plan, Ostreparationen), das Liquidationsabkommen mit Deutschland und dann drei Amortisationsabkommen für die Plebiszitschulden mit England, Frankreich und Italien, das Konsolidierungsabkommen für die polnischen Schulden in Frankreich und das **Abkommen mit Österreich über den Aufkauf der Papierrente.** Das Liquidationsabkommen, sowie die Reparationsabkommen (Young-Plan, Ostreparationen) bilden ein organisches Ganzes.

Sehen wir uns nun einmal an, wann die Konstitution einen Sejmbeschluß für internationale Abkommen erfordert. In Frage kommen hier die Artikel 8 und 49. Der **Artikel** 8 lautet:

> „Die Aufnahme einer Staatsanleihe, der Verkauf, Tausch und Belastung von unbeweglichem Staatsvermögen, die Auferlegung von Steuern und öffentlichen Tributen, die Einführung von Zöllen und Monopolen, die Festsetzung des Münzsystems sowie die Übernahme von finanziellen Garantien durch den Staat kann nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen!"

Und **Artikel 49** hat folgenden Wortlaut:

> „Der Präsident der Republik schließt Verträge mit anderen Staaten ab und gibt sie dem Sejm zur Kenntnis. Wirtschafts- und Zollabkommen sowie Verträge, die den Staat in finanzieller Hinsicht ständig belasten oder Rechtsbestimmungen enthalten, die den Staatsbürger verpflichten oder auch eine Änderung der Staatsgrenzen einführen und endlich Bündnisse erfordern die Genehmigung des Sejm."

Weder der Young-Plan, noch die Ostreparationen, noch das Liquidationsabkommen enthalten irgend ein Merkmal der in Artikel 8 erwähnten Fragen. Dies ist schon auf den ersten Augenblick zu sehen. Und nun der Artikel 49. Die erwähnten Abkommen sind weder Handels- noch Zollverträge; sie belasten auch nicht ständig den Staatsschatz; denn sie enthalten lediglich die Befreiung Deutschlands von gewissen internationalen Lasten und die Streichung gegenseitiger Forderungen, ohne neue finanzielle Verpflichtungen (für Polen! D. R.) zu bilden. (Wir haben die Ansicht, daß der Sejm bei dem rechtswirksamen Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens gar nicht bemüht zu werden braucht, schon seit Monaten vertreten. D. Red.) Diese Abkommen schaffen auch keine neue rechtlich-finanzielle Situation für die polnischen Staatsangehörigen und zwar mit Rücksicht auf den bereits verpflichtenden faktischen Stand, der seit dem Augenblick des im Jahre 1924 erfolgten Inkrafttretens des Dawes-Plans besteht. auf Grund dessen Deutschland außer den Annuitäten zu weiteren **Zahlungen zugunsten der Gläubigerstaaten oder ihrer Bürger für die sich aus dem Friedenstraktat oder aus dem Kriege ergebenden Operationen nicht verpflichtet war.**

Sofern es sich aber um das Plebiszit-Amortisations-Abkommen, um das Abkommen über die Konsolidierung der Schulden in Frankreich, sowie um das Abkommen über den Austausch der Renten mit Österreich handelt, so belasten diese Abkommen, wenngleich nur minimal, den Staatsschatz, und diese Abkommen müßten unter die Verträge eingereiht werden, die die Ratifizierung durch den Sejm erfordern. Sie stehen aber nicht in einem so engen Zusammenhange mit den Reparationsabkommen wie das Liquidationsabkommen und können später gesondert ratifiziert werden.

Was den

deutsch-polnischen Handelsvertrag

anbelangt so hat diese Frage ebenfalls zwei Gesichte: ein politisches und ein rechtliches. **In politischer Beziehung muß festgestellt werden, daß Polen mit der Ratifizierung dieses Traktats auf seine Ratifizierung durch Deutschland warten muß (!!).** Und ich befürchte, daß die Teilnahme des Ministers Schiele am Kabinett dieses Moment verzögern kann. Wenn es sich aber um die juristische Seite handelt, so muß das Handelsabkommen auf Grund des Artikels 49 durch den Sejm ratifiziert werden. Und können gewisse Teile des Abkommens ohne die Ratifikation in Kraft gesetzt werden? Da der Handelsvertrag keinen zolltariflichen Teil enthält, so kann eine ganze Reihe von Teilen ohne Ratifizierung in Kraft gesetzt werden. Man muß nur hinzufügen, daß das Inkraftsetzen von Teilen des Abkommens, die etwa die Zuerkennung von Kontingenten, die Aufhebung von Kampfzöllen usw. eine besondere Unterredung beider Seiten erfordern würde, damit in der Praxis nicht die Situation geschaffen wird, daß Polen deutsche Kontingente zuläßt, Deutschland aber nicht. Wenn es sich um die Meistbegünstigungsklausel handelt, so läßt die Verfassung einiger Staaten, darunter auch die Reichsverfassung, die Inkraftsetzung ohne Ratifizierung zu. Bei uns aber unterliegt die Notwendigkeit keinem Zweifel. Man könnte dagegen provisorische Zollsätze einführen, d. h. den Zoll in bar nach dem ermäßigten Tarif erheben und die sich hieraus ergebende Differenz kreditieren, die erst nach der Ratifizierung des Traktats niedergeschlagen werden könnte. Hier müßte man aber die Meinung der Obersten Staatlichen Kontrollkammer hören.

Es müssen also der Handelsvertrag als Ganzes, vor allem die Frage der Niederlassung, der Zollformalitäten usw., wenn auch nach der teilweisen Inkraftsetzung (Kontingente, Kampfmaßnahmen) die Sanktion des Parlaments erlangen.

Man kann die Hoffnung haben, daß das deutsche Parlament das Abkommen ratifiziert, und zwar sobald als möglich, und daß unser Sejm, sollte sich der Präsident der Republik an ihn mit einem Manifest wenden, es als eine erstklassige Staatsnotwendigkeit anerkennen wird. (Warum soll dann der Sejm nicht zuerst den Vertrag ratifizieren? Deutschland ist mit der Ratifikation von Young-Plan und Liquidationsabkommen vorangegangen; warum soll jetzt nicht einmal Polen zuerst seinen Standpunkt, unbeeinflußt von der Meinung der Gegenseite, kundtun? Man treibt doch in Warschau eine eigene Politik! D. R.) Sollte aber die Sache sich aus irgend welchen Gründen verzögern, so wäre die teilweise Inkraftsetzung der Abkommen in einem früheren Termin aus wirtschaftlichen Rücksichten für beide Vertragspartner erwünscht (aber, wie wir selbst von der „Voss. Zeitg." hören, für Deutschland unannehmbar.

Damit entsteht die Forderung einer sofortigen Einberufung des Sejm zur Beratung und Verabschiedung des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages und anderer zwischenstaatlicher Gesetze, die nach der Verfassung der Polnischen Republik vom Sejm beschlossen werden müssen!
D. R.)

*

Einen diametral entgegengesetzten Standpunkt nimmt zu der vom „Ilustrowany Kurj. Codzienny behandelten Frage, welches Schicksal die deutsch-polnischen Traktate nach der Sejmauflösung haben werden, die Oppositionspresse ein. Im **„Kurjer Warszawski"** zum Beispiel sucht der Abgeordnete Professor Stroński nachzuweisen, daß die Traktate ohne die Ratifizierung nicht in Kraft treten könnten, da dies die Verfassung nicht zulasse. Dies beziehe sich auch auf die teilweise Inkraftsetzung der Traktate ohne den Sejm. Eine ähnliche Meinung vertreten der jüdische **„Nasz Przegląd"**, der christlich-demokratische **„Glos Narodu"**, der sozialistische **„Robotnik"** und andere.

Die Völkerbundstadt.

Ein französischer Versuchsballon.

Nach einer Havas-Meldung soll sich die Union der internationalen Vereinigungen für den Völkerbund an eine Anzahl Regierungen mit der Anregung gewandt haben, das Völkerbundsekretariat und das internationale Arbeitsamt in Genf zum Mittelpunkt einer „Stadt der Welt" „Cité mondiale" zu gestalten. Hierunter versteht man ein der Vatikanischen Stadt ähnliches Gebilde, in dem der Völkerbund die Souveränität ausübt Diese „Stadt der Welt" wäre später durch Verlegung anderer internationaler Einrichtungen nach Genf zu erweitern.

Von einem derartigen Rundschreiben ist auffallenderweise weder bei der Schweizer Regierung noch in offiziellen Völkerbundkreisen etwas bekannt. Die Havas-Meldung dürfte demnach lediglich einen Versuchsballon darstellen. Der eigenartige Vorschlag gewinnt nämlich eine besondere Bedeutung, wenn man ihn mit dem zwischen der Schweiz und Frankreich bestehenden Freizonenstreit in Verbindung bringt. Bekanntlich hatten die Franzosen in ihrem Siegerübermut gewisse Zollfreiheitsrechte, welche die Schweiz im französischen Hinterland von Genf besaß, angetastet, der Haager Gerichtshof mußte aber in dem von der Schweiz anhängig gemachten Verfahren dieser recht geben Jetzt scheinen nun gewisse französische Kreise mit Hilfe der „Cité mondiale" ihre auf Genf abzielenden Pläne verwirklichen zu wollen. Diese zielen dahin, auf dem Wege über die Exterritorialität den Franzosen den vorherrschenden politischen Einfluß auf Genf **zu verschaffen.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Polens Außenhandel im Februar.

Der polnische Außenhandel zeigt im Februar 1930, wie in kurzen Zahlenangaben von uns bereits gemeldet, eine sehr günstige Handelsbilanz, die in erster Linie dem Rückgang der Einfuhr zuzuschreiben ist. In der Einfuhr kennzeichnet sich jetzt ganz besonders scharf die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Herabsetzung der Kaufkraft. Sogar gegenüber dem Februar 1929, der wegen der ungewöhnlich großen Kälte eine Verminderung des Außenhandelsumsatzes zur Folge hatte, ist die Einfuhr diesmal um über 80 Mill. Złoty kleiner, während sie um 90 Mill. Złoty kleiner ist, als im Februar 1928. Dieser Einfuhrrückgang ist nur zum kleinen Teil durch den verminderten Bedarf an Nahrungsmitteln zu erklären, da die Nahrungsmitteleinfuhr gegen den Februar 1928 nur um 9 Mill. Złoty zurückgegangen ist, beruht vielmehr hauptsächlich auf der Verminderung der Einfuhr von Produktionsmitteln aller Art. Sowohl die Einfuhr von Rohstoffen, wie die von Düngemitteln, wie die von Maschinen für die Industrie, hat sich stark vermindert. Die Einfuhr von Textilien ist diesmal mit insgesamt 43,1 Mill. Złoty um 34 Mill. kleiner, als im Februar des Vorjahres, und nur etwa halb so groß, als im Februar 1928. Dabei ist insbesondere die Einfuhr von Rohstoffen in Gestalt von Baumwolle, Wolle und Jute diesmal nicht halb so groß, wie im Vorjahre, auch die Einfuhr von Garnen ist um 50 Prozent gesunken, wogegen die von Fertigfabrikaten sich behauptet hat. Die Einfuhr von Düngemitteln erreicht mit 8,6 Mill. Złoty noch nicht einmal die Hälfte des Vorjahrswertes, die Einfuhr von Mineralien hat sich vermindert, die von Kautschuk ist zurückgegangen, die von Farben hat sich wesentlich verkleinert usw. Die Einfuhr von Metallen und Metallwaren beträgt diesmal nur 14,8 Mill. Złoty, gegen 19,3 im Februar 1929, die von Maschinen und Apparaten ist von 23,9 auf 15,3 Mill. gesunken, die von Fahrzeugen von 8 auf 3,9 Mill., die von Papier von 6,3 auf 4,4 Mill. Złoty usw. Einigermaßen behauptet hat sich noch die Einfuhr von Rohstoffen tierischer Herkunft in Gestalt von Leder und Häuten, und auch die Einfuhr von Mineralien, hauptsächlich Zinkerzen, ist mit 8,5 Mill. Złoty nur wenig gesunken. Die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln ist zum Teil sogar etwas gestiegen, nur die Einfuhr von Getreide ist natürlich stark zurückgegangen, die Einfuhr von Tabak auf die Hälfte gesunken, wofür die Einfuhr von Früchten sich beinahe verdoppelt hat.

Das Bild der Ausfuhr ist verhältnismäßig günstig. Die Gesamtausfuhr erreicht diesmal 218,1 Mill. Złoty, und ist damit um 51 Mill. kleiner, als im Februar 1929, aber nur um 20 Mill. größer als im Februar 1928. Die Zunahme der Ausfuhr beruht hauptsächlich wieder auf der starken Ausfuhr von Getreide und Zucker. Der Wert der Ausfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Futtermitteln kam diesmal auf über 25 Mill. Złoty, gegen nur 15½ Mill. i. V., die Ausfuhr von Fleisch erreichte 8,6 Mill., gegen 7,6 i. V., die Ausfuhr von Milch und Eiern 10,9 Mill., gegen 5,7 i. V., die Ausfuhr von lebenden Tieren ist mit 19,3 Mill. ebenfalls etwas gestiegen. Dank der günstigen Witterung ist die Holzausfuhr mit 30,6 Mill. etwas größer als im Vorjahre, allerdings um 13 Mill. kleiner, als im Februar 1928. Die Ausfuhr von Pflanzen und Sämereien ist ebenfalls gestiegen, die von Kohlen zeigt einen kleinen Rückgang, die von Erdölerzeugnissen eine kleine Zunahme. Weiter gestiegen ist die Ausfuhr von Metallen und Metallwaren mit 28,5 Mill. Złoty, gegen 20,3 i. V. und 20,6 im Februar 1928. Bei Textilien ist die schon lange beobachtete Ausfuhrsteigerung zum Stillstand gekommen. Die Ausfuhr stellte sich diesmal nur auf 17,9 Mill. Złoty, gegen 19,4 im Januar und 18,3 im Februar des Vorjahres.

Es ist hiernach festzustellen, daß die Ausfuhr ihre günstige Entwicklung im großen ganzen fortgesetzt hat. Fortschritte sind sowohl bei den Lebensmitteln, wie auch bei Industrieerzeugnissen zu bemerken. Die Einfuhr jedoch hat sich sehr ungünstig gestaltet und zeigt immer mehr die verminderte Kaufkraft des Landes.

Neues über die Elektrifizierung der Wojewodschaften Posen und Pommerellen. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten fanden Konferenzen mit Vertretern einer kanadisch-schweizerischen Finanzgruppe statt, welche sich für die Konzession der Elektrizitätswerke Grodek in Thorn interessiert. Dieses Elektrifikationsprojekt umfaßt die Wojewodschaften Posen und Pommerellen, einschließlich 10 Kreise der Wojewodschaften Warschau und Lodz. Die bisherigen Konferenzen, welche eine unverbindlichen Charakter hatten, waren der Feststellung der grundsätzlichen Beitrittsbedingungen dieser Finanzgruppe zum Elektrizitätswerk Grodek gewidmet. Das Ministerium hat als Bedingung gestellt, daß die jetzige Elektrizitätsgesellschaft Grodek einen Anteil von mindestens 51 Prozent behält. Dieser Vorschlag soll angenommen worden sein; kommt der Vertrag zustande, so soll die ausländische Finanzgruppe einen Teil der Obligationen und den kleineren Teil der Aktien erhalten. Die Verhandlungen wurden unterbrochen bis die ausländische Finanzgruppe eine formelle Offerte an das Ministerium für Öffentliche Arbeiten eingereicht haben wird. Das aufzubringende Kapital soll etwa 50 Millionen Złoty betragen. Der Vertrag kann im übrigen nicht eher abgeschlossen werden, bis das Ministerium eine Entscheidung über den Elektrifizierungsplan, welcher von der Elektrizitätsgesellschaft Grodek eingereicht wurde, gefällt hat.

Weiteres über das Syndikat für die Elektrifizierung Polens. Am 25. März sind die Vertreter des Syndikats für die Elektrifizierung Polens mit dem Sitz in Paris in Warschau eingetroffen. Am 27. März hat sich die Delegation in das Krakauer Kohlengebiet begebn, um an Ort und Stelle die technischen Bedingungen der Stromausnutzung zu prüfen. Von da aus begibt sich die Delegation mit demselben Ziel in das Dombrowaer und Krakauer Gebiet und alsdann in das Drohobyczer Naphthagebiet. Es ist übrigens festzustellen, daß die französische Gruppe kein offener Konkurrent Harrimans ist, da das Konzessionsgebiet Harrimans in einem anderen Teile Polens liegt, als das Gebiet, für das sich die französische Gruppe gegenwärtig um die Konzession bemüht.

Französisches Kapital in der polnischen Bauindustrie. Die „Gazeta Handlowa“ weiß zu berichten, daß in Paris eine neue Gesellschaft unter der Bezeichnung „Rente foncière Franco Polonaise“ mit einem Aktienkapital von vorläufig 20 Mill. Frank gegründet wurde. Gegenstand dieses Unternehmens soll der Wohnungsbau in Polen, insbesondere in Warschau, sein. Auf der Generalversammlung der Aktionäre soll beschlossen worden sein, sechsprozentige Obligationen in einer Gesamtmenge von 200 Mill. Frank zu emittieren und sie auf dem französischen Kapitalmarkte unterzubringen. Dem Aufsichtsrat soll die Befugnis eingeräumt worden sein, im Notfalle das Aktienkapital bis auf 50 Mill. Frank zu erhöhen. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Herr Hudelo, früherer Polizeipräfekt von Paris und jetziger Präfekt des Departements Nord, gewählt. Man bemüht sich, die Obligationen auf der Pariser Börse einzuführen.

Auch amerikanisches Kapital im polnischen Wohnungsbau. In Warschau soll demnächst eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung „American Polish Finance Construction Co. Ltd.“ die Tätigkeit aufnehmen, welche sich mit der Finanzierung des Wohnungsbaues in Polen befassen will. Das für diesen Zweck bestimmte Kapital ist vorläufig auf 5 Mill. Dollar festgesetzt worden, soll aber schon in kurzer Zeit auf 40 Mill. Dollar erhöht werden. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats ist der peruanische Konsul in Warschau, Dipl.-Ing. Thomas Oxinski, gewählt worden.

Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Absatzes künstlicher Düngemittel. Am 31. März waren in Polen die Verbindlichkeiten der Landwirtschaft für gelieferte Phosphordüngemittel fällig. Allein im Krakauer Gebiet erreichten die Verbindlichkeiten eine Höhe von 4 Mill. Złoty. Wie verlautet, ist die Landwirtschaft nicht imstande, den Anforderungen nachzukommen, so daß notwendigerweise eine Prolongierung seitens der Staatlichen Agrarbank erfolgen muß. Zu erwähnen ist noch, daß der diesjährige Absatz um über 60 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurücksteht.

Herabsetzung des Diskontsatzes in Stockholm. Stockholm, 3. April. (PAT.) Mit dem heutigen Tage wurde der amtliche Diskontsatz um einen halben Prozent, d. h. auf 3½ Prozent, herabgesetzt.

Regulärer Schiffsverkehr Gdingen—Helsingfors. Gdingen, 3. April. (PAT.) Mit dem 1. d. M. wurde ein regelmäßiger Schiffsverkehr zwischen Gdingen—Riga—Reval und Helsingfors aufgenommen, der von zwei polnischen Dampfern, „Chorzow“ und „Tczew“, ausgeführt wird. Die Dampfer werden an jedem 1. und 15. aus Gdingen abgehen. Heute trifft der Dampfer „Chorzow“ aus Danzig mit einer Kohlenladung in Gdingen ein, und soll dann eine Zuckerladung nach den balitischen Häfen befördern.

Lebhaftere Holzausfuhr im Februar. Die Holzausfuhr Polens ist diesmal im Februar nicht unwesentlich größer gewesen als im Januar und auch erheblich größer als im Februar des Vorjahres. Die Zunahme gegen den Februar des Vorjahres erklärt sich allerdings nur dadurch, daß damals die Häfen durch Eis gesperrt waren. Gegen den Februar 1928 ist ein Rückgang auf die Hälfte eingetreten. Insgesamt wurden diesmal 247 500 To. Holz im Werte von 30,59 Mill. Złoty ausgeführt, gegen 211 000 To. für 27,9 Mill. im Januar. Die Zunahme verteilt sich auf fast alle Arten von Holz. An Papierholz wurden 72 375 To. ausgeführt, gegen 63 400 im Januar, an Grubenholz 27 700 To. gegen 22 800 im Januar, an Rundholz und Klötzen 31 900 To., gegen 22 300 im Vormonat, an Schnittholz 67 300 To., gegen 55 300 im Januar, an Schwellen 19 700 To., gegen 15 100, und an Telegraphenstangen 2730 To., gegen 8150 i. V. Verhältnismäßig am stärksten zugenommen hat die Rundholzausfuhr. Die Belebung der Schnittholzausfuhr erklärt sich durch eine stärkere Nachfrage aus Frankreich und England. Deshalb ist auch an der Zunahme der Ausfuhr hauptsächlich Danzig ging das Papierholz mit 60 300 To. fast ausschließlich nach Deutschland nur wenig gestiegen ist. Die Ausfuhr von Faßmaterial ist mit 2655 To. auch ein wenig gestiegen, ebenso die Ausfuhr von Möbeln mit 495 To. Dagegen zeigt sich bei der Sperrholzausfuhr mit 2647 To. ein Rückgang um über 700 To. gegenüber dem Vormonat. Über die Verteilung auf die einzelnen Länder liegen erst die amtlichen Zahlen für Januar vor. Danach ging das Papierholz mit 60 300 To. fast ausschließlich nach Deutschland; ungewöhnlich war die verhältnismäßig große Ausfuhr von 13 900 To. Grubenholz nach Deutschland, während 5750 To. nach der Tschechoslowakei ausgeführt wurden. An der Rundholzausfuhr war Deutschland mit 15 800 To. beteiligt, die Tschechoslowakei mit 1900 und Holland nur mit 1000 To. An Schnittholz nahm Deutschland 25 700, England 13 900 und Holland 4700 To. Von der Schwellenausfuhr des Januar von 15 000 To. gingen 5200 To. nach Deutschland und 6400 nach England. An Sperrholz bezog Deutschland im Januar 464 To., England 1531 To., Belgien 353 To. usw.

Firmennachrichten.

t. **Zahlungsaufschub.** Das Kreisgericht (Sąd Powiatowy) in Strasburg (Brodnica) gewährte dem Kaufmann Józef Zielinski dortselbst auf seinen Antrag einen dreimonatlichen Zahlungsaufschub, und zwor bis zum 14. Juni 1930. Die gerichtliche Aufsicht übt Bankdirektor Janicki von dort aus.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 4. April auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 3. April. Berlin: Ueberweisung 46,85 bis 47,05, London: Ueberweisung 43,39, Mailand: Ueberweisung 213,50, Newyork: Ueberweisung 11,25, Zürich: Ueberweisung 57,90, Wien: Ueberweisung 79,37—79,65.

Warschauer Börse vom 3. April. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,20, 359,10 — 357,30, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 43,49 — 43,27, Newyork 8,907, 8,927 — 8,887, Oslo —, Paris 34,91, 35,00 — 34,82, Prag —, Riga —, Stockholm —, Schweiz 172,70, 173,13 — 172,27, Wien 125,72, 126,03 — 125,41, Italien 46,75, 46,87 — 46,63.

*) London Umsätze 43,38½—43,38.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 3. April. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,59 Gd., 57,74 Br. Noten: London 25,00¼ Gd., 25,00¾ Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,56 Gd., 57,71 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 3. April Geld	Brief	In Reichsmark 2. April Geld	Brief
4.5 %	1 Amerika	4.1855	4.1935	4.1845	4.1925
5 %	1 England	20.359	20.399	20.358	20.398
4 %	100 Holland	168.07	168.41	168.01	168.35
—	1 Argentinien	1.642	1.646	1.609	1.613
5 %	100 Norwegen	112.03	112.25	112.01	112.23
5 %	100 Dänemark	112.08	112.30	112.06	112.28
—	100 Island	92.13	92.31	92.12	92.30
4.5 %	100 Schweden	112.49	112.71	112.46	112.68
3.5 %	100 Belgien	58.37	58.49	58.385	58.505
7 %	100 Italien	21.945	21.985	21.93	21.97
3 %	100 Frankreich	16.375	16.415	16.375	16.415
3.5 %	100 Schweiz	81.00	81.16	81.02	81.18
5.5 %	100 Spanien	52.50	52.60	52.24	52.38
—	1 Brasilien	0.490	0.492	0.492	0.494
5.48 %	1 Japan	2.068	2.072	2.068	2.072
—	1 Kanada	4.185	4.193	4.183	4.191
—	1 Uruguay	3.776	3.784	3.776	3.784
5 %	100 Tschechoslowak.	12.394	12.414	12.393	12.413
7 %	100 Finnland	10.525	10.545	10.525	10.545
—	100 Estland	111.51	111.73	111.51	111.73
[illegible]	100 Lettland	80.70	80.86	80.67	80.83
8 %	100 Portugal	18.78	18.82	18.78	18.82
10 %	100 Bulgarien	3.037	3.043	3.037	3.043
6 %	100 Jugoslawien	7.399	7.413	7.399	7.413
7 %	100 Oesterreich	58.975	59.095	58.98	59.10
7.5 %	100 Ungarn	73.07	73.21	73.04	73.18
6 %	100 Danzig	81.395	81.555	81.395	81.555
—	1 Türkei	—	—	—	—
9 %	100 Griechenland	5.425	5.435	5.425	5.435
—	1 Kairo	20.875	20.915	20.875	20.915
9 %	100 Rumänien	2.490	2.494	2.490	2.494
—	Warschau	46.85	47.05	46.85	47.05

Züricher Börse vom 2. April. (Amtlich.) Warschau 57,90, Paris 20,22, London 25,13, Newyork 5,16½, Belgien 72,06, Spanien 64,50, Holland 207,30, Berlin 123,30, Wien 72,80, Stockholm 138,90, Oslo 138,35, Kopenhagen 138,35, Sofia 3,74½, Prag 15,30, Budapest 90,22½, Belgrad 9,12¾, Athen 6,70, Konstantinopel 2,45, Bukarest 3,07½, Helsingfors 13,00, Buenos Aires 1,98, Tokio 2,55. Privatdiskont 3⅛ pCt. Bargeld monatl. 2 pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,87 Zł., do. kl. Scheine 8,86 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,22 Zł., 100 Schweizer Franken 172,02 Zł., 100 franz. Franken 34,77 Zł., 100 deutsche Mark 212,05 Zł., 100 Danziger Gulden 172,82 Zł., tschech. Krone 26,31 Zł., österr. Schilling 125,22 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 3. April. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 54,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 94,50 G. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Zł.) 42,00 B. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 21,75 +. 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 75,00 G. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Bank Polski 168,00 B. H. Cegielski 43,00 G. Herzfeld-Viktorius 26,00 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 3. April. Abschlüsse auf der Getreide und Warenbörse für 100 Kg. fr. Station Warschau; Marktpreise: Roggen 21,75—23, Weizen 37—38, Einheitshafer 18—19, Grützgerste 21,50—22,50, Braugerste 23,50—25, Speise-Felderbsen 27—29, Luxus-Weizenmehl 70—73, Weizenmehl 4/0 60—63, Roggenmehl nach Vorschr. 37—38, grobe Weizenkleie 16—17, mittlere 14—15, Roggenkleie 11—11,50, Leinkuchen 33—34, Rapskuchen 23—24. Tendenz ruhig, Umsatz gering.

Berliner Produktenbericht vom 3. April. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 76—77 Kg., 262,00—264,00, Roggen märk., 72 Kg., 164,00—166,00, Braugerste 182,00—196,00, Futter- und Industriegerste 168,00—178,00, Hafer märk. 159,00—169,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 28,75—37,00, Roggenmehl 23,50—26,50, Weizenkleie 9,75—10,50, Roggenkleie 10,00—10,50, Viktoriaerbsen 20,00 bis 25,00, Kl. Speiseerbsen 18,00—20,00, Futtererbsen 16,00—17,00, Peluschken 16,50—19,00, Ackerbohnen 16,00—17,50, Wicken 20,00—22,50, Lupinen, blaue 14,00—15,50, Lupinen, gelbe 19,00—21,00, Seradella 33,00—37,00, Rapskuchen 14,25—15,25, Leinkuchen 18,60—19,30, Trockenschnitzel 7,10—7,40, Soya-Extraktionsschrot 15,50—15,90, Kartoffelflocken 14,50—15,00.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 3. April.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 g 11½, Klasse A über 60 g 10¼, Klasse B über 53 g 9, Klasse C über 48 g 8¼, frische Eier, Klasse B über 53 g 8½, aussortierte kleine und Schmutzeier 6—6½, Auslandseier: Dänen, 18er 11¼, 17er 10¼, 15½—16er —; Holländer, Durchschnittsgewicht 68 g 11¼, 60—66 g 9¾—11, 57—58 g —; Rumänen 7½, Ungarn 7½—8, Russen, große —, normale 7¼; kleine, mittel, Schmutzeier 6—6½; In- und ausländische Kühlhauseier: große —, normale —, Chinesen und ähnliche —.

Witterung: kalt. Tendenz: behauptet.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Danziger Getreidebörse vom 3. April. Amtliche Notierungen für 100 Kg. in Gulden: Weizen 23,50, Roggen 14,75, Gerste 15—16 und 13,75—14,50, Hafer 12,75—13,50, Roggenkleie 10,50, Weizenkleie 11,50, Viktoriaerbsen 22—26.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 3. April. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer wirebars), prompt cif. Hamburg Bremen oder Rotterdam 170,50, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren 99%) 194, Reinnickel 98—99%) 350. Antimon-Regulus 58,00—61,00, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 57,25—59,25. Gold im Freiverkehr —,—, Platin —,—.

Metalle. Warschau, 3. April. Es werden folgende Preise je Kg. in Złoty notiert: Banka-Zinn in Blöcken 9,50, Hüttenblei 1,20, Zink 1,20, Antimon 2, Hüttenaluminium 4, Kupferblech 4,80 bis 5,20 und 4—4,80, Zinkblech 1,35.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

A. B. F. 500. 1. Ein Ort Radzmin im Kreise Schubin findet sich in keinem der uns zur Verfügung stehenden Ortschaftsverzeichnisse. 2. Wenn der Erbanspruch eingetragen war, ist er unverjährbar, sonst ist er längst verjährt.

K. K. Nr. 100. Irgend welche Ansprüche zu Lebzeiten der Eltern hat weder der Sohn noch der Stiefsohn. Erbberechtigt ist der letztere nach dem Tode der Eltern an dem Nachlaß seiner Mutter, wenn ein solcher Nachlaß vorhanden ist; an dem Grundstück also nur dann, wenn die Mutetr Miteigentümerin desselben war. Wird er durch Testament enterbt, so hat er Anspruch auf den Pflichtteil, d. h. auf die Hälfte dessen, was ihm gesetzlich zustehen würde von dem Nachlaß seiner Mutter.

Nr. 4. F. H. Genaueres über diesen Fragenkomplex werden wir erst erfahren, wenn der amtliche Text des Abkommens vom 31. Oktober 1929 vorliegt.

L. M. 30. Die 200 000 Mark vom Mai 1921 hatten nur einen Wert von 1333 Złoty. Das ist das Höchste, was dafür verlangt werden kann. Die Zinsen zu 4 Prozent machen 53,32 Złoty aus. Die 15 000 Mark Altenteil hatten einen Wert von 100 Złoty. — Das sind sehr knappe Beträge, die sich daraus erklären, daß man seinerzeit den kargen Wert der groß erscheinenden Summe nicht kannte. Natürlich steht es Ihnen frei, diese Beträge zu erhöhen.

Weidmannsheil. Die Mitteilung der Schonzeiten jeden Wildes in unserer Wojewodschaft würde weit über den Rahmen einer Briefkastenauskunft hinausgehen. Alljährlich im Dezember macht der Wojewode die Schonzeiten für das nächste Jahr im Amtsblatt bekannt, es ist also am praktischsten, sich die betreffende Nummer des Amtsblattes kommen zu lassen.

Nr. 100 a. Die Selbstversicherung ist zulässig für Personen, deren Zwangsversicherung aus irgend einem Grunde erloschen ist, ausgenommen infolge Unfähigkeit zur Berufsausübung. Die freiwillige Fortsetzung der Versicherung muß auf eine Summe lauten, die nicht kleiner ist als die letzte vor Erlöschen der Zwangsversicherung. Jedoch sind Ausnahmen zulässig. Das Recht der freiwilligen Fortsetzung erlischt u. a., wenn der Versicherte mit der Zahlung der Beiträge 12 Monate nach Fälligkeit im Rückstande bleibt.

Büchertisch.

Von Gesundheit und Krankheit.

Bei Büchern, die sich als ärztliche Ratgeber ausgeben, muß man vorsichtig sein. Der Kurpfuscherei ist genug, und bei ernstlichen Krankheiten sich selber kurieren und den Arzt sparen wollen, kann den größten Schaden bringen. Der Wert volkstümlicher Bücher über Gesundheitsfragen liegt in der Anleitung gesundheitsmäßiger Lebensweise, Vorbeugung von Krankheiten und Belehrung über Gesundheit und Krankheit.

Das kann man von dem Buche von Dr. med. Anna Fischer-Dückelmann: Die Frau als Hausärztin sagen (Süddeutsches Verlags-Institut Julius Müller, München 1929. 1032 S. mit 402 Original-Illustrationen, 47 schwarzen und farbigen Tafeln und zerlegbaren Modellen des menschlichen Körpers. 25 RM.). Die 3. Millionen-Jubiläums-Ausgabe ist von Dr. med. Hans Behrend völlig neu bearbeitet. Das Buch tritt für eine naturgemäße Lebensweise ein, aber nicht in der einseitigen Weise der alten Naturheilkunde. Der erste Teil handelt von dem gesunden Menschen, vom Körperbau, Alter und Tod, Mutter und Kind, und von der Körperpflege in Ernährung, Luft, Sonne, Leibesübungen usw. Dann kommt der kranke Mensch an die Reihe. Die Frau als Hausärztin muß in der Lage sein, vor dem Besuch des Arztes das Notwendigste vorzubereiten und nachher die ärztlichen Vorschriften auszuführen. Dazu werden die nötigen Kenntnisse vermittelt und in besonderen Anleitungen zur ersten Hilfe bei Unfällen gegeben.

Ein besonderes Kapitel der Krankheiten, das besonders in der heutigen Zeit wichtig ist, behandelt Prof. Dr. Martin Mendelsohn: Wie sollen Herzkranke leben? Und wie kann man sie heilen? (Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co. 11.—15. Tausend, 100 S. kart. 3,80 M.) Der Herzkranke wird belehrt, sich einem Hausarzte, zu dem er Vertrauen hat, in dauernde Behandlung zu geben und nicht allein seine Kur zu versuchen. Er zeigt, wie auch bei schweren Herzleiden durch zweckmäßige Lebensführung der Mensch leistungsfähig und beschwerdefrei sein könne. Auch ohne Badekuren in Herzbädern und teure Medikamente. Der Hauptwert des Buches besteht m. E. darin, daß der Kranke einerseits mit Illusionen verschont bleibt, andererseits aber zum Mute und zur Hoffnung aufgerufen wird auch bei chronischer Erkrankung des Herzens noch Leistungen zu vollbringen bei verständnisvoller Mitarbeit mit dem Arzte des Vertrauens.

Rumänien und Rußland.

Wien, 2. April. (PAT) Der rumänische Außenminister Mironescu gewährte einem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" eine Unterredung über das Verhältnis Rumäniens zu Sowjetrußland. Er sagte dabei u. a.:

Wir haben nicht festgestellt, daß an der Grenze des Dnjestr Truppenzusammenziehungen stattgefunden haben; es sind auch keine Grenzzwischenfälle vorgekommen. Sofern die Tatsachen nichts anderes beweisen, so ist die Situation in unseren Beziehungen zu Sowjetrußland maßgebend. die sich durch den sogenannten Litwinow-Pakt herausgebildet hat. Bis jetzt hatten war keinen Grund zu der Annahme, daß Sowjetrußland von der bisherigen Richtlinie abweichen will. Der Ton der russischen Presse ist zwar sehr oft überaus kriegerisch, wir aber wollen als maßgebend den Standpunkt der sowjetrussischen amtlichen Kreise betrachten und an dem guten Willen Sowjetrußlands nicht zweifeln. Es wäre überflüssig hervorzuheben, daß unsererseits an der gegenwärtigen Situation nicht gerüttelt werden wird. Unser Bündnis mit Polen hat einen reinen Defensivcharakter, und nur in dem Falle müßte eine Seite einschreiten, wenn einer der Bundesgenossen angegriffen werden sollte. Sicher aber nicht aus einem anderen Grunde,

In der Frage der Durchfahrt von zwei russischen Schiffen durch die Dardanellen erklärte der Minister u. a., daß das Abkommen über die Freiheit der Meerengen klar und unzweideutig sei. Daraus geht hervor, daß jeder Staat durch die Meerenge so viel Schiffe entsenden kann wie er will. Wir haben aus diesem Grunde nicht gegen die Durchfahrt russischer Schiffe protestiert. Wir haben nur festgestellt, daß das Gleichgewicht auf dem Schwarzen Meere sich bedeutend zugunsten Sowjetrußlands verschoben hat.

Ich bin der Meinung, daß in der Seeabrüstungskonferenz in London auch die Notwendigkeit der Rüstung zur See der Staaten erwogen werden sollte, die am Schwarzen Meer gelegen sind, und zwar infolge der Verstärkung der russischen Schwarze-Meer-Flotte. Diese Notwendigkeit besteht nicht allein für Rumänien, sondern auch für die Türkei und für Bulgarien. Soweit es sich um Rumänien handelt, so denkt dieses nicht erst jetzt an die Verteidigung seiner Meeresgestade, sei es durch die Vergrößerung der Flotte, oder eine entsprechende Befestigung. In Betracht gezogen wird hier auch der Plan der Schaffung einer Flottenbasis auf dem Schwarzen Meere, den maßgebenden rumänische Faktoren schon seit langem in Erwägung ziehen. Ein Hindernis für die Verwirklichung dieses Planes sind augenblicklich wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wir sind davon überzeugt, so schloß Minister Mironescu, daß es uns mit Hilfe unserer Alliierten in kurzer Zeit gelingen wird, Maßnahmen zu treffen, um unsere Meeresgestade und Häfen zu schützen.

*

Verstärkung der russischen Grenzwachen.

Riga, 2. April. Aus dem lettisch-sowjetrussischen Grenzgebiet wird gemeldet, daß dort die russischen Grenzposten verstärkt worden sind, um die Flucht der aus Anlaß der Kollektivisierung der Landwirtschaft enteigneten Bauern zu verhindern. Die uniformierten Posten sind derart aufgestellt, daß ein Soldat den andern sehen kann. Außerdem wurden in der Grenzzone Geheimagenten der GPU in Bauernverkleidung aufgestellt, die Jagd auf die Flüchtlinge machen.

Ein bolschewistischer Henker
vor dem Warschauer Gericht.

Vor dem Warschauer Bezirksgericht hatte sich dieser Tage ein gewisser Kazimierz Cichowski zu verantworten, der im Jahre 1918 Kommissar für polnische Fragen in Petersburg und späterhin ein Mitglied der bolschewistischen Regierung für Polen gewesen war, die sich während der bolschewistischen Invasion vom Jahre 1920 in der Bildung befand. Zuletzt war Cichowski Generalsekretär der kommunistischen Fraktion im Sejm. Er stand unter der Anklage, in Polen eine umstürzlerische Aktion getrieben zu haben. Die von ihm verfaßten Memoriale und Rapporte wurden bei einem kommunistischen Kurier gefunden, der auf der Fahrt nach Moskau in Lettland verhaftet worden war.

Der als Zeuge vernommene Kommissar der politischen Polizei Pogorzelski stellte fest, die politische Polizei sei im Besitz von Informationen, **daß Cichowski einer der grausamsten bolschewistischen Kommissare gewesen wäre und viele Polen hätte hinrichten lassen.** Er nahm seinerzeit auch an einer kommunistischen Konferenz in Berlin teil; zum Beweise dafür legte der Kommissar dem Gericht eine Photographie der Teilnehmer dieses Berliner Kongresses vor, welche die deutsche Polizei zur Verfügung gestellt hatte. Diese Photographie zeigte auch die Bilder des Angeklagten Cichowski, sowie des Mitangeklagten Mieczyslaw Berenstein. Auf Antrag der Verteidigung wurde der Prozeß auf Sonnabend vertagt, um inzwischen weitere Zeugen zu laden.

Nach der Anklage hatte Cichowski seinerzeit an dem Bombenattentat auf die St. Georgskathedrale teilgenommen. Er war dafür zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er auch verbüßt hat.

Der Bismarckturmzerstörer verschenkt fremdes Eigentum.

Mitten zwischen Rosen das Bismarckdenkmal, die Engländer haben es respektiert.

Arnold Höllriegel, Kamerun 1930.

So ist das in Kamerun. Wir aber leben in einer freien Republik und sind nicht, wie die ehemals deutsche Kolonie Kamerun, englisches Mandatsgebiet. Bromberg hatte zwar kein Bismarck**denkmal**, sondern nur einen **Turm**, der den Namen dieses Staatsmannes trug, um dann zu einem Freiheitsturm zu werden. Das Denkmal in Kamerun steht auch 1930 noch, der Turm in Bromberg wurde vor zwei Jahren gesprengt. Am 19. April 1928 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Brombergs schönsten Aussichtsturm niederreißen zu lassen. Der Ingenieur **Glowacki** hatte sich bereit erklärt, diese „Kulturtat" auszuführen. Der Magistrat nahm den Vorschlag an, der darauf auch von der Stadtverordnetenversammlung gutgeheißen wurde. Man machte sich sehr schnell an die Arbeit, in der Befürchtung, daß die niederreißende Tätigkeit doch noch dem Protest allerhöchster Stellen begegnen würde. Am Tage vor Christi Himmelfahrt wurde dann mit einem beträchtlichen Quantum Dynamit der Turm in die Luft gesprengt und es verblieb nichts als ein trauriger Trümmerhaufen. Die Steine wurden abgefahren und kahl steht heute der Hügel, auf dem sich einst ein prächtiges Bauwerk befand.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte seinerzeit dem Beschluß des Magistrats, die Sprengung durchführen zu lassen, **unter der Bedingung** zugestimmt, daß die als **wertvoll bezeichneten Teile** des Turms dem **Museum** einverleibt würden. Als solche Teile wurden bestimmt: der **Ritter**, der sich über dem Eingangstor befand, einige **Marmortafeln**, die großen **Metallschalen**, das kunstvolle **schmiedeeiserne Türgitter** und das **schwere beschlagene Tor**. **Von allen diesen Gegenständen befindet sich im Museum nicht ein einziges.** Wir haben bereits vor einem Jahr an der gleichen Stelle an den Magistrat die Anfrage gerichtet, warum man den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nicht ausgeführt hat und **wo die Gegenstände geblieben** sind, von denen ein Stadtverordneter, der sich besonders lebhaft für die Sprengung einsetzte, sich eine so große Bereicherung der Museumssammlung versprach! Wir sind auf diese Anfrage ohne Antwort geblieben. Auch die letzte Stadtverordnetenversammlung hat sich der Angelegenheit nicht mehr angenommen.

Heute können wir jedoch bereits mitteilen, was mit einem Teil der der Stadt gehörenden Gegenstände geschehen ist. **Ingenieur Glowacki hat das kunstvolle Tor einer polnischen Kirche in Danzig geschenkt,** die aus polnischen Stiftungen neu erbaut wurde, um das Polentum in Danzig zu stärken. Erst lange nach dieser „großmütigen" Schenkung des Bismarckturmzerstörers erfuhr der Magistrat davon, mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, und schickte einen Brief hinter dem Tor her, daß er, der Magistrat, der Spender sei. Die Metallschalen sollen seinerzeit durch die Arbeiter zerschlagen und an Metallwarenhändler verkauft worden sein. Von den Marmorplatten und der Skulptur fehlt jede Spur.

Wer hat den Ingenieur Glowacki ermächtigt, mit Gegenständen, die das Eigentum der Allgemeinheit Brombergs sind, in dieser Weise umzugehen? Warum setzt sich der Magistrat, der augenblicklich mit unerhörter Schärfe rückständige Steuerbeträge, selbst kleinste Summen, eintreibt, nicht dafür ein, daß diese Gegenstände wieder in den Besitz der Stadt zurückkommen, bzw. daß der Schaden, der der Stadt durch das eigenmächtige Vorgehen des Ingenieurs Glowacki entstanden ist, wieder gutgemacht wird?

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 4. April.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet **Bewölkung mit strichweisen Niederschlägen** bei wenig veränderten Temperaturen an.

Volkskunst.

In dem früheren Karmeliterhof, dem jetzigen Restaurant „Pod Lwem" befindet sich augenblicklich eine Ausstellung von Arbeiten der huzulischen und Zakopaner Bevölkerung, die besonderes Interesse verdient, da sie einen Überblick über die Volkskunst der **Tatrabewohner** bietet.

Wenn man seine Blicke über das ausgestellte Material schweifen läßt, wird unwillkürlich die Erinnerung an einen Tatraaufenthalt geweckt: Nächtliche Ankunft in Zakopane, das mit Sommergästen überfüllt ist und keinen Fremden mehr aufnehmen kann. Ein Fuhrmann erbietet sich, den Gast in das Dorf Bystre zu fahren. Unter prächtigem Sternenhimmel geht es eine Straße hinan. Man sieht die Berge nicht, aber spürt sie dicht. Dann fährt man auf einen kleinen Bauernhof, eine Tür ist geöffnet und der gelbe Lichtschein fällt auf eine frischgezimmerte Treppe, die außen am Hause hoch zum Boden führt. Das Profil dieser Treppe aus roh behauenem Holz mit seinen wechselvoll aneinander gefügten Flächen und dem Spiel vom Licht und Schatten — ein prächtiges Beispiel volkstümlicher Kunst. Sie wirkte wie ein Symbol für einen gesunden Lebenscharakter, eine natürliche Kunstauffassung für Freude an Formung.

Dieser Lebenscharakter, diese Freude an kunstvollem Schaffen spricht auch bei dieser Ausstellung fast aus allen Stücken. Da sind Webwaren, Tücher, Teppiche, Stickereien und Schnitzarbeiten vieler Art. Diese Bergbewohner, die nur ganz wenig Land und einige Stück Vieh besitzen, schaffen all die kleinen Dinge, um ihr Einkommen zu verbessern. Besonders während des langen Winters sitzt man beisammen und läßt in oft recht mühevoller Arbeit diese Dinge entstehen.

Das Rohmaterial liefert die Wirtschaft oder der nahe Wald. Die Schafe geben ihre Wolle her, die gefärbt zu diesen buntblühenden Tüchern und Kelims wird. Oder das Schafsfell wird gegerbt, sauber bestickt und liefert dann die charakteristische Pelzweste der Goralen. Wald und Garten geben das Holz, das zu den Schnitzereien verwandt wird.

Wer aber liefert diesen Menschen in ihrer Bergeseinsamkeit die Muster, wer schafft ihnen die Zeichnungen, nach denen sie weben, die Ornamente, die sie in das Holz schnitzen, die zierlich-kunstvollen Intarsienarbeiten ausführen? Ebenso wie in Tirol, wie im Schwarzwald, in Norwegen, wird unter den Tatrabewohnern diese Volkskunst Generationen hindurch ausgeübt. Die Kunst vererbt sich vom Großvater auf den Vater, von diesem auf den Sohn. Wer kennt nicht die tiroler Kruzifixschnitzer, die Schwarzwälder Kuckusuhren, die Norweger Holzbildhauer. Aus der Reihe dieser bäuerlichen Holzschnitzer ging einst Norwegens berühmtester Elfenbeinschnitzer **Magnus Berg** hervor. Wer kennt nicht die Buntheit norwegischer Volkstrachten, die zierlichen tiroler Stickereien. Überall die Freude an Formung, Schaffen und Farbenpracht, die doch stets verschieden durch das Kulturempfinden der Rasse, der einzelnen Völker ist.

Auch bei den ausgestellten Arbeiten verblüfft und erfreut das Schwelgen in bunten Farben. Für die Ornamente hat den Leuten ein Schöpfer Muster an den Horizont ihrer Heimat gezeichnet. Er liefert ihnen auch täglich neue Beispiele zu Farbenkompositionen: Da ist das Rot der aufgehenden Sonne an Bergesgipfeln, das lichte Blau eines sonnendurchglasten Himmels, das tiefe Grün einsamer Bergseen, das Stahlblau schattiger Schneehänge. Regelmäßig kehren diese Farben auf Tüchern, Teppichen, Schuhen, Jacken und Stickereien wieder.

Die Zakopaner Arbeiten weisen fast immer das Edelweiß als Hauptmotiv auf, die huzulischen typische Ornamente, die sich sowohl auf Stickereien wie Schnitzereien finden. Diese Schnitzereien der Huzulen sind besonders beachtliche Leistungen. Von verblüffender Exaktheit und großer Sauberkeit in der Ausführung, dabei von einem wohltuenden Formgefühl. Weniger ansprechend, wenn gewiß auch als ungeheure Arbeitsleistung zu werten sind manche Schnitzereien, die nicht aus dem Volksempfinden heraus entstanden sind, sondern, um den Ansprüchen städtischer Käufer zu genügen.

Aber trotzdem bleibt diese Ausstellung erfreulich, indem sie Fleiß, gesunde Lebensauffassung und natürliches Kunstempfinden dokumentiert.

§ **Die Geschäftszeit in den Sommermonaten.** Der Burgstarost macht darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. die Lebensmittelgeschäfte an allen Wochentagen von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, alle anderen Geschäfte von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet werden können. An Sonnabenden dürfen die Geschäfte ebenfalls nicht länger als bis 6 Uhr geöffnet sein, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte und Friseursalons.

§ **Verzugsstrafen für rückständige Steuern.** Die Industrie- und Handelskammer in Warschau wandte sich an den Finanzminister mit einer Denkschrift, in welcher ersucht wird, die Verzugsstrafen und die Einziehungsgebühren für rückständige Steuern zu ermäßigen. Die Höhe dieser Verzugsstrafen von rückständigen Steuern beträgt gegenwärtig **zwei Prozent monatlich**, für die **Stundung** wurde **ein Prozent** monatlich und an **Kosten** für die zwangsweise Eintreibung **fünf Prozent** des rückständigen Betrages erhoben. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftskrisis bittet nun die Warschauer Kammer um eine Änderung der verpflichtenden Bestimmungen dahingehend, daß 1. die Verzugsstrafen für nicht rechtzeitig gezahlte Steuern nicht mehr als ein Prozent monatlich, 2. die Zinsen für die Stundung nicht mehr als acht Prozent im Jahre und 3. die Eintreibungskosten zwei Prozent von dem rückständigen Betrage, jedoch nicht mehr als 1000 Złoty betragen sollen.

§ **Ein Pferde- und Viehmarkt** findet am 8. d. M. von 7 Uhr morgens auf dem Viehmarkt am Schlachthof statt.

§ **Durch Explosion des Benzinbehälters** brach Feuer in der Autodroschke Nr. 23 aus, Besitzer Jan **Swirski**, Berlinerstraße (Św. Trójcy) 10. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte das Feuer zwar löschen, jedoch ist das Auto vollständig vernichtet.

§ **Festnahme von Einbrechern.** An einem der letzten Abende hielt ein Schutzmann einen verdächtigen Mann, der einen Koffer bei sich hatte, in der Karlstraße an und führte ihn in das 4. Kommissariat. Dort wurde er in ein Kreuzverhör genommen, wobei sich herausstellte, daß der Festgenommene wenige Stunden vorher in eine Wohnung des Hauses Dragonerstraße 2 einen Einbruch verübte, wo er Bettwäsche, Garderobe, Damenwäsche und eine Handtasche gestohlen hat. Der Verhaftete gibt an, Bronisław **Gill** zu heißen. Er wurde den Gerichtsbehörden übergeben. — In der Nacht vom 1. zum 2. d. M. drückten Einbrecher die Schaufenster des Kommissionsgeschäftes von Jan **Maciaszek** in der Mittelstraße 44 ein, um einen Diebstahl auszuführen. Der Geschäftseigentümer hörte das Geräusch der Zertrümmerung der Scheibe und sah, wie einer der Täter entfloh, während der zweite sich bereits im Schaufenster zu schaffen machte. Der Geschäftsmann gab nun zwei Revolverschüsse ab, worauf auch der zweite Dieb floh. Mit Hilfe einiger Polizisten verfolgte man die Täter, die in der Bahnhofstraße festgenommen werden konnten. Es sind dies der 21jährige Jan **Lewandowski** und der 31jährige Florian **Myszkoniak**.

§ **Von einem Taschendiebe bestohlen** wurde am 2. d. M. im Restaurant des Hotels Pomorski der Kujawierstraße 106 wohnhafte Mieczysław **Malinowski**. Man entwendete ihm eine silberne Herrenuhr im Werte von 70 Złoty.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Die Firma A Hensel, Dworcowa 97, veranstaltet täglich von 11—1 und 3—6 Uhr Kochvorführungen. Ein Mittagessen in 5—15 Minuten Kostproben werden verabfolgt. Kein Vitamineverlust. (3405

Der Verband der ehem. engl. Kriegsgefangenen hält am 5. d. M. eine Generalversammlung im Restaurant „Pod Lwem", Marszałka Focha 71, ab, an die sich ein gesellschaftliches Zusammensein anschließt. Ehem. Kriegsgefangene, erscheint in Massen! (4402

D. G. f. K. u. W. Montag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Zivilkasino spricht **Artur Heye**, der deutsche Abenteurer und Erzähler, über seine Erlebnisse am **Amazonas** (1929). Artur Heye ist 1885 als Arbeiterkind geboren, mit 14 Jahren ging er auf Wanderschaft, ein halbes Jahr später zur See. Drei Jahre als Schiffsjunge, Leichtmatrose, Kohlenzieher, Heizer. Mit 17½ Jahren nach U. S. A. Drei Jahre Beschäftigung in etwa 20 Berufsarten, gegen zwei Jahre „Tramp". In Deutschland die ersten Veröffentlichungen. Dann Reise nach Ägypten. Drei Sommer mit Beduinen in der Wüste. Zwei Monate Deutschland, dann Aufbruch zu einer Weltreise für eine illustrierte Zeitschrift. Nord- und Ostafrika, Uganda, Brittisch-Ostafrika. Ende Juli 1914 Übertritt auf deutsches Gebiet und 10. 8. 14 Eintritt in die Schutztruppe. Anfang 1917 Gefangennahme am Rufidji, Abtransport nach Indien als Gefangener, dort bis 1920. 1921 Reise nach Italien, 1922/23 Ägypten, 1925/26 Ostafrika, 1929 Brasilien. (4399

g. **Crone** (Koronowo), 3. April. Auf dem heutigen **Wochenmarkte** wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2,50—2,60, Eier die Mandel 1,60—1,80, Weißkäse 0,50, junge Tauben 1,80 das Paar, Schweinefleisch 1,80, Speck 1,90—2,40, Rindfleisch 1,30—1,70, Kalbfleisch 1,30—1,60, Hammelfleisch 1,40—1,60, Kartoffeln 2,50—2,80 pro Zentner. — Fette Schweine brachten 110—120 pro Zentner, Ferkel 110—130 pro Paar.

v **Argenau** (Gniewkowo), 3. April. Der heutige **Wochenmarkt** war gut besucht und beschickt. Man zahlte für das Pfund Butter 2,60—2,80, für die Mandel Eier 1,60 bis 1,80. Für Gemüse und Obst wurden gezahlt: Weißkohl 0,25, Rotkohl 0,30, rote Rüben 0,15, Mohrrüben 0,20, Grünkohl 0,40, Bohnen 0,50—0,60, Wruken 0,10, Zwiebeln 0,20, Äpfel 1—1,50 pro Pfund. Grüne Heringe kosteten 0,40 bis 0,50. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 12—18,00, Enten 6—8,00, Hühner 3,50—4,50, Tauben 0,80 bis 1,00 pro Stück. Kartoffeln wurden mit 2—2,50 pro Zentner verkauft. — Der **Schweinemarkt** war nur schwach beschickt. Fette Schweine brachten 110—120 Złoty pro Zentner, Läuferschweine 80—90 Złoty pro Stück und Ferkel 100 bis 110 Złoty pro Paar.

* **Birnbaum** (Międzychód), 4. April. **Bewußtlos mit blutenden Handgelenken** wurde an der Warthe der Schreiber Edmund **Bartkowiak** aufgefunden. Ins Leben zurückgerufen, erklärte er, sich die Pulsadern mit einem Rasiermesser durchschnitten zu haben, weil er brotlos ist

sich mit dieser Angelegenheit näher beschäftigen wird.

* **Posen** (Poznań), 4. April. **Eine Diebesjagd über Dächer** mußten Polizeibeamte am Dienstag abend auf der Allerheiligenstraße vornehmen, leider mit negativem Erfolge. Es handelte sich bei der Jagd um 5 Diebe, die in eine Wohnung einbrechen wollten. — Einen **Selbstmordversuch** unternahm die seit Jahresfrist verheiratete Frau Jadzia **Adamska**, indem sie sich **in die Warthe stürzte**. Sie wurde gerettet. Der Grund zur Tat soll darin liegen, daß der Mann es mit der ehelichen Treue nicht genau nimmt.

* **Samter** (Szamotuły), 2. April. Auf dem Gute Łekno fanden Leute beim Dreschen in einer Scheune die **Leiche eines Mannes** im Alter von 25 bis 30 Jahren, der ermordet zu sein scheint.

* **Ostrowo,** 2. April. Dieser Tage kam in den Laden Bahnhofstraße 18 ein unbekannter Mann in Begleitung einer Dame und erklärte, er beabsichtige, verschiedene **hübsche, junge Damen zur Eröffnung eines neuen Cafés** in Kalisch zur Bedienung zu engagieren. Er wünschte deutschsprechende Damen, behauptete, der Besitzer sei ein Italiener, der nur der deutschen Sprache mächtig sei, und dem es nur an solchen Kräften läge. Die Ladeninhaberin teilte diesen Vorfall der Kriminalpolizei mit, die

* **Dolzig,** 2. April. **Tödlicher Unfall.** Zwischen Dolzig und Gostyn fuhr der Apotheker Wacław **Bielawski** aus Posen mit seinem Motorrade gegen einen Baum und erlitt so **schwere Verletzungen**, daß er im Krankenhaus in Schrimm **starb**.

* **Wreschen (Września),** 2. April. **Feuer** brach auf dem Gehöft des Walerjan **Wojciechowski** in Cieśle Małe aus, das einen Schaden von 15 000 Złoty anrichtete.

* **Gostyn,** 2. April. **Überfallen** wurde in der Nähe von Gostyn der Arbeiter **Bączyński**. Die Banditen raubten ihm das Gespann mit Waren. Das Fuhrwerk gehörte Władysław **Guziński** in Posen. Den Überfall leitete ein Mann namens **Szuszka**, der angeblich im Streit mit Guziński liegt.

Kleine Rundschau.

* **Ein fossiler Wald.** Der amerikanische Geologe Dr. Dandee hat bei Harney im Staate Obregon einen riesenhaften versteinerten Wald entdeckt, der von enormen Eidechsen bevölkert gewesen sein muß. Eine Rekonstruktion einer solchen Eidechse ist möglich geworden durch zahlreiche Skelettfunde, darunter ein Stück, das mehrere hundert Pfund schwer war. Der Wald selbst hat aus Koniferen bestanden, meist Riesen-Sequoias, die einen Umfang von hundert und mehr Metern erreichten. Nach den Angaben des Entdeckers ist das Vorhandensein dieses versteinerten Waldes schon früher von einer amerikanischen geologischen Expedition festgestellt worden; doch wurden damals die Überbleibsel der Bäume als vulkanische Formationen angesehen.

* **Die Rednerin von Nottingham.** Das Reden ist der Frauen anerkannte Stärke, und die Männer lassen ihnen das Vergnügen. Beim Kanzelreden aber liegt der Fall wesentlich anders. Das Publikum hört selten so vorurteilslos zu wie der Gatte, und große Volksrednerinnen sind noch eine Seltenheit. Auch Frau Bonsfield aus Nottingham hatte niemals den Ehrgeiz, vor einer großen Menge zu glänzen, und war dabei in aller Rüstigkeit recht alt geworden. Als aber kürzlich die Stadt den 105. Geburtstag der Matrone feierte, wollten die Festteilnehmer ein paar Worte aus dem Munde der Greisin hören. Frau Bonsfield sträubte sich nicht lange und hielt aus dem Stegreif und stehend eine halbstündige Rede, die durch ihre Flüssigkeit alle erstaunte.

Chef-Redakteur: **Gotthold Starke**; verantwortlicher Redakteur für Politik: **Johannes Kruse**; für Handel und Wirtschaft: **Hans Wiese**; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: **Marian Hepke**; für Anzeigen und Reklamen: **Edmund Przygodzki**; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in **Bromberg**.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 80.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, den 6. April 30. (Judica).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann*. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehaus. Donnerstag, abds. 8 Uhr Passionsandacht im Gemeindehaus, Superintendent Aßmann.
Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel. 1/2 12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Dienstag abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.
Christuskirche. Vrm 10 Uhr: Pfarrer Wurmbach. 11 1/2 Uhr Kdr.-Gottesdst. Montag, abds. 8 Uhr Uebungsstunde des Kirchenchors. — Dienstag, abds. 8 Uhr Vereinsstde. des Jungmänner-Vereins.
Luther-Kirche. Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Lassahn. 11 1/2 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 1/2 4 Uhr Jugendbund. Nachm. 5 Uhr: Erbauungsstunde danach Monats-Versammlung. Freitag, abds. 1/2 8 Uhr: Passionsgottesdienst.
Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 13. Vorm. 9 1/2 Uhr Beichte. 10 Uhr Predigtgottesdienst*. — Freitag, abds. 7 Uhr: Passionsgottesdienst, Pfr. Paulig.
Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdst., Prediger Weipmann. — Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.
Landeskirchliche Gemeinschaft, Fischerstraße (Marcinkowskiego) Nr. 8b Freitag und Sonnabend, nachm. 4 1/2 Uhr Bibelstunde. Pred. Rathke. — Abends 8 Uhr Evangelisation, Prediger Rathke. Sonntag, vorm. 2 Uhr: Uhr Sonntagschule. — Nachm. 4 Uhr Jugendversammlung, Pred. Rathke. (Näheres siehe Anzeige). Abends 8 Uhr: Evangelisation, Pred. Rathke. — Montag, abds. 8 Uhr: Evangelisations-Schlußversammlung.
Baptisten-Gemeinde. Pomorska 26. Vorm. 9 1/2 Uhr Gottesdienst, Predig. Becker. Vorm. 11 Uhr: Sonntagschule. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Predig. Becker. Nachm. 5 1/2 Uhr Abendmahls-Feier — Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibel- und Gebetstunde.
Prinzenthal. Vorm. 9 1/2 Uhr Gottesdienst.
Jägerhof. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.
Schleusenau. Donnerstag, abds. 7 Uhr Passions-Andacht.
Kl. Bartelsee. Vorm. 1/2 12 Uhr Kindergottesdst. Nachm. 3 Uhr Jungmädchenverein. Donnerstag, abds. 6 Uhr: Passions-Andacht.
Schröttersdorf. Vrm. 10 Uhr Gottesdienst. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst. — Dienstag, abds. 6 Uhr: Passionsandacht.
Cielle. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst. Nchm. 4 Uhr Passionsandacht in Murowaniec.
Kruschdorf. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.
Lochowo. Vormitt. 10 Uhr Lesegottesdienst.
Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Gottesdst. in Hammer. Dienstag, nachm. 4 Uhr: Andacht in Gogolinke. — Mittwoch, nachm. 5 Uhr Andacht in Mochle. — Donnerstag, abds. 6 Uhr Passionsandacht.
Weichselhorst. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.
Sienno. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdst. fällt aus. Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Passionsgottesdienst.
Schubin. Vrm. 10 Uhr Gottesdienst* anschließend Kindergottesdst. Nachm. 4 Uhr männliche Jugend. Mittwoch, nachm. 6 Uhr Passionsandacht.
Znin. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst, dan. Sitzung des Gem.-Kirchenrats.
Fordon. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst. — Nachm. 6 Uhr Jünglingsverein.
Otteraue-Langenau Vorm. 10 Uhr Gottesdst.*
Grünkirch. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
Ronek. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
Güldenhof. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Meyer.